

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 1,20 RM., monatl. 1,20 RM.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Heftnummern
 5 Pf., Sonntagnummern
 mit Illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf., Vorkauf: Monatlich
 1,20 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Litauen
 2,60 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Ungarn,
 Schweden u. die Schweiz, eingetragen
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die begehrteste Kolonelle
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das feinstgedruckte Blatt 20 Pf. (zu-
 sätzlich 2 feinstgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf., Einzelexemplare
 und Schlußzeilenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.,
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gemeinwirtschaftliche Bezeich-
 nungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | **Donnerstag, den 20. September 1917.** | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Krise im Arbeiter- und Soldatenrat.

**Hestiger Artilleriekampf in Flandern —
 Französischer Angriff östlich der Maas
 gescheitert — 16 Flugzeuge abgeschossen —
 Hestige Angriffe der Rumänen im Dstoz-
 Tal — Erfolgreicher österreichischer
 Gegenstoß bei Carzano.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. September
 1917. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern war zwischen dem Douthouster-Wald und der
 Lys den ganzen Tag über der Artilleriekampf gesteigert. Das
 Beschützungsgeschütz der feindlichen Batterien, denen unsere starke
 Gegenwirkung sichtlich Abbruch tat, lag wieder in heftigsten
 Feuerwellen auf unserer Abwehrzone. Abends und heute morgen
 gab der Feind mehrmals Trommelfeuer ab, ohne daß Infanterie-
 Angriffe folgten.

Bei Lens und St. Quentin herrschte lebhafteste Gefechts-
 tätigkeit.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Nordöstlich von Soissons, am Aisne-Marne-Kanal und west-
 lich der Snippes-Niederung bekämpften sich die Artillerien zeit-
 weilig unter starkem Munitionseinsatz.

Auf dem Ostufer der Maas brachen die Franzosen nach kurzer,
 kräftiger Feuerbereitung westlich der Straße Beaumont-
 Sacheranville in drei Kilometer Breite zum Angriff vor.

Die ersten, in unserem Abwehrfeuer schnell weichenden Sturm-
 wellen des Feindes wurden von den tiefgelegenen folgenden
 Reserven zu erneutem Angriff vorgerissen. Auch dieser starke
 Stoß kam im Feuer und Nahkampf zum Scheitern. In den
 zurückstehenden Haufen fand unsere Artillerie besonders lohnende
 Ziele.

Der Tag hat die Franzosen wieder hohe Verluste gekostet,
 ohne ihnen den geringsten Vorteil zu bringen.

Gestern sind 16 feindliche Flugzeuge zum Abflug gebracht
 worden; Bizefeldwibel Thom schoss drei, Leutnant Thy zwei
 Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front Prinz Leopold.
 Bei Danaburg und im Bogen um Luck hat die Feuerstätigkeit
 der Russen merklich zugenommen.

Front Erzherzog Joseph.

Starke Angriffe der Rumänen richteten sich gegen unsere
 Höhenstellungen südlich des Ostoz-Tales. Der südlich von
 Groszei anfänglich eingebrochene Feind wurde durch kräftigen
 Gegenstoß geworfen, im übrigen schon durch Feuer abgewiesen
 und hätte außer blutigen Verlusten zahlreiche Gefangene ein.

Seeresgruppe Radensen.
 Bei Barnita und Duncelul wiederholten rumänische Truppen
 ihre Angriffe, die ihnen erneut Mißerfolge brachten.

Mazedonischen Front.
 Im Becken von Monastir und in der Enge zwischen Prespa-
 und Ochrida-See verstärkte sich die Artillerie-Tätigkeit. Ostlich
 des Dojran-Sees kam es zu Postengefechten, in denen die Bulgaren
 englische gemischte Abteilungen vertrieben.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 19. September 1917, abends. Amtlich.
 Der Artilleriekampf in Flandern dauert an. Sonst
 nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 19. September 1917. (W. L. B.) Amtlich
 wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Beiderseits des Ostoz-Tales haben wir starke rumänische
 Angriffe abge schlagen. Durch raschen Gegenstoß wurde der an
 einer Stelle eingedrungene Feind völlig geworfen; seine Verluste
 sind erheblich.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Bei der Seeresgruppe des Feldmarschalls Fehrn. v. Conrad
 führte der zur Wiedergewinnung eines vorübergehend dem Feind
 überlassenen Frontstückes bei Carzano eingeleitete Gegenangriff zu
 vollem Erfolge. An Gefangenen wurden hier sechs Offiziere und
 über dreihundert Mann eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Unverändert.
 Der Chef des Generalstabes.

Krise im Sowjet.

Petersburg, 19. September. (Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) Angesichts des von der Vollziehung des
 Arbeiter- und Soldatenrats angenommenen Beschlusses der
 Magimalisten, der die Forderung aufstellt, daß die Ge-
 walt von den Räten übernommen werde, ist das gesamte
 Bureau des Arbeiter- und Soldatenrates zurückge-
 treten. Nämlich der Vorsitzende Tschcheidt, der stell-
 vertretende Vorsitzende Anissimow, Gotschad (?),
 Skobelow, Tseretelli und Tschernow. Die Neu-
 wahl des Bureaus wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Ein provisorisches russisches Parlament.

Stockholm, 19. September. (Eigener Drahtbericht des
 „Vorwärts“.) Wie unser Stockholmer Mitarbeiter erfährt,
 plant die russische Regierung, nach Auflösung der vierten
 Duma eine Abordnung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates als provisorisches
 Parlament einzuberufen. Dadurch würde die Links-
 schwenkung der Regierung deutlich zum Ausdruck gelangen.
 Man glaubt hier nicht, daß Kerenski und die Menschewiki
 ihre kriegerische Politik lange werden fortsetzen können, da sie
 infolge der Feindschaft der Bourgeoisie Anschluß nach
 links suchen müssen. Damit tritt die Friedensfrage
 in Rußland wieder in den Vordergrund.

Petersburg, 18. September. (Meldung der Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) Unter den drei neugewählten Vize-
 bürgermeistern von Petersburg ist auch der magi-
 malistische Sozialdemokrat Lunatscharski.

Rücktritt des Justizministers.

Petersburg, 19. September. (Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) Die Regierung hat die Demission des Justiz-
 ministers Jarudnj angenommen.

Die demokratische Konferenz.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) Die große demokratische Konferenz
 ist endgültig auf den 25. September festgelegt worden. Es werden
 daran ungefähr 800 Abgeordnete teilnehmen, die sämtlich durch Be-

sondere Depeschen eingeladen worden sind, in welchen ihnen die Not-
 wendigkeit nahegelegt wird, alle Kräfte des Landes zu vereinen,
 um seine Verteidigung zu organisieren und zur
 Bildung einer festen revolutionären Gewalt bei-
 zutragen. Im ganzen Lande begannen rege Vorbereitungen zu den
 Wahlen für die Verfassungskonstituierende Versammlung und
 Bezirksparlamentswahlen haben sich bereits in 19 Provinzen ge-
 bildet.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung hat in der Erwägung,
 daß die Bewegung Kornilows vollkommen unterdrückt ist und in-
 folge davon die außerordentlichen Maßnahmen, die durch sie ver-
 anlaßt waren, unnötig geworden sind, die Aufhebung des
 Postens des Militärgouverneurs von Peters-
 burg angeordnet. Zum Oberkommandierenden der Truppen des
 Bezirks Petersburg wurde Oberst Pallownikow ernannt.
 Der neue Kommandant ist mit ausgebreiteten Machtbefugnissen aus-
 gestattet zur Regelung der Fragen der Lebensmittelversorgung und
 des Transportwesens.

Noch immer französische Stimmen gegen Rußland.

Bern, 18. September. Der ehemalige französische Botschafter
 Unterstaatssekretär Cochon richtet im „Petit Parisien“ einen sehr
 scharfen Artikel gegen Rußland. Er erklärt, es gebe
 nur einen Weg für Rußland, sich zu rehabilitieren, nämlich
 Deutschland aus Riga und Kurland zu vertreiben.
 Dafür habe man ihm ja die Waffen geliefert. Die Kanonen
 Kerenski und Kornilows stammten aus Creuzot und St. Chamond.
 Die Herren in Rußland sollten sie schließlich endlich gegen die ge-
 meinsamen Feinde abfeuern.

Verfolgung der Maximalisten.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Tele-
 graphen-Agentur.) In Kiew, Minsk und einigen anderen Städten
 hat ein Gerichtsverfahren gegen Soldaten, die der magi-
 malistischen sozialdemokratischen Partei angehören und
 wegen Verdrößerung mit den Deutschen oder Gehorsamsver-
 weigerung im Kampfe angeklagt sind, begonnen; bei einem
 ähnlichen Prozeß in Pflom sind 35 Soldaten zu Zwangsarbeit
 auf sechs bis zehn Jahre verurteilt worden.

Die Programmrede Painlevés.

„Desannexion Elsaß-Lothringens“ — „Ersatz für
 Schäden und Zerstörungen“.

In diesen Tagen sind die Friedenshoffnungen in Deutsch-
 land stark und allgemein geworden. Die seelische Anspannung
 nach drei schweren Kriegsjahren, die Einsicht in die Frucht-
 losigkeit weiteren Vutvergießens haben die Seelen der
 Menschen für jeden Friedensklang empfänglich gemacht; so
 empfänglich, daß der Verhand mit dem Herzen durchging und
 die Klust der trennenden Sagenfähe noch leicht unterdrückt
 wurde. Diesen Erwartungen hat der neue französische Mi-
 nisterpräsident einen Dämpfer aufgesetzt.

Drei Kriegsziele verfolgt Frankreich: Desannexion
 Elsaß-Lothringens, Ersatz für alle Schäden und Verwüstun-
 gen, Schutz aller, auch der kleinsten Nationen. Ueber diese
 Ziele hinaus zu kämpfen, „hiesse das größte Verbrechen der
 Weltgeschichte begehen“. Ein allzu früher Abbruch des
 Kampfes aber würde Frankreich in Anarchie und Elend
 bringen.

Es braucht nicht langer Worte, um den Gegensatz zwischen
 dem französischen Ministerpräsidenten, der Elsaß-Lothringen
 fordert, und der deutschen Regierung, für die keine elsä-
 lothringische Frage besteht, zu entwickeln. Desannexion heißt
 Aufhebung einer Annexion. Eine Annexion kann durch Rück-
 gabe des annektierten Landes an den Vorbesitzer aufgehoben
 werden; bei weitherziger Auslegung kann der ominöse Cha-
 rakter einer Annexion aber auch als verschwunden betrachtet
 werden, wenn die Annexion durch nachträgliche Zustimmung
 der annektierten Länder sanktioniert wird. Es wird nicht
 lange verborgen bleiben, ob Painlevé an diese Deutung ge-
 dacht und sie gewollt hat. Bisher wurde die Rückgabe der
 Reichslände an Frankreich absolut ohne Befragung ihrer Be-
 wohner verlangt.

Es ist sonderbar, daß Painlevé das Bekenntnis zu diesen
 Kriegszielen „unabhängig von dem Los der Schlachten“
 macht. Der Besitz Elsaß-Lothringens hängt für Frankreich
 davon ab, daß der Boilu stürmender Hand die Tricolore auf
 den Wällen von Straßburg und Metz aufpflanzt. Auch der
 lebhafteste Sanguiniker der französischen Kammer wird nicht
 an eine leichte Erfüllung dieser Hoffnungen glauben. Bleibt
 noch die Deutung, daß die Formel „unabhängig von den
 Schlachten“ heißt, daß, gleichgültig, wie dieser Krieg aus-
 gehe, Frankreich immer sehnüchlich auf die andere Seite der
 Vogesen blicken werde. Am wahrscheinlichsten ist aber, daß
 die erstaunlich naiven Worte nichts als eine pathetisch ein-
 dringliche Unterstreichung des jenseits roher Gewalt stehenden
 Rechtsanspruchs Frankreichs auf Elsaß-Lothringen sind. Den
 Franzosen passiert das Malheur, daß sie in der sub-
 jektiven Ueberzeugung von ihrem Recht als Partei auch
 Richter und zugleich Vollstrecker ihres Urteils sein wollen,
 ohne im mindesten zu bedenken, daß die andere Partei ihrem
 Klagebegehren nicht nachgibt und ihren Rechtsanspruch nicht
 anerkennt. Die deutsche Sozialdemokratie hat in Stockholm
 keinen Zweifel gelassen, daß sie Elsaß-Lothringen als gut
 deutsches Land betrachtet, dessen berechtigte Wünsche sie durch
 Einführung einer weitgehenden Selbstverwaltung erfüllen
 will.

Neben diesen weitgesteckten Kriegszielen Painlevés ver-
 schwindet der Verzicht auf „Eroberungen“ für den deutschen
 Beurteiler, so wichtig und bedeutsam er auch schon wegen
 der damit ausgesprochenen Verleugnung der Geheimverträge
 Pointarés mit dem Zaren empfunden werden mag. Ange-
 sichts der militärischen Lage erscheinen solche Pläne dem
 Deutschen von vornherein zu unwahrscheinlich, um ernst genommen
 zu werden. Aber in jedem Land muß der Chauvinismus,
 der sich für die Toten und Krüppel mit Kriegsgewinn ent-
 schuldigen will, gezähmt und gebändigt werden — ein mühe-
 volles Werk, dessen Schwierigkeit jeder studieren kann, der
 die Abwehr der alldeutschen Veruche, zu Einfluß zu gelangen,
 verfolgt.

Der Beifall, den die Rede Painlevés in der Kammer
 gefunden haben soll, ist glaubhaft. Sie ist geschickt stilisiert
 und sucht es allen Parteien recht zu machen. Der Verzicht
 auf Eroberungen (außer der von den französischen Sozialisten
 gebilligten Desannexion Elsaß-Lothringens), das Versprechen,
 sich nicht hinter eine optimistische Fassade zu verziehen, ist
 auf die Sozialisten berechnet, die Painlevé, obwohl er sie
 bei der Kabinettsbildung arg bloßgestellt hat, doch nicht in
 scharfe Opposition treiben will. Das Versprechen, alle Atten-
 tate gegen die moralische Widerstandskraft der Nation abzu-
 wehren und zu fñhnen, soll den aufgeregten Sinn des alten
 Ministerstürzers Clemenceau beschwichtigen. Die Erklärung,
 daß Verfehlungen einzelner nicht ganzen Parteien zugerech-
 net werden dürfen, ist für die Radikalen bestimmt, deren
 Wappen durch die Affären Almeréya und Turmel in Mit-
 leidenschaft gezogen ist. So hielt Painlevé den Knoch-

Ruprecht, der für alle braven Kinder eine freundliche Ueber-
scheidung, für die bösen aber eine Rute hat.

Eine in letzter Zeit lebhaft vertretene Forderung der
französischen Presse wurde ebenfalls von Painlevé aufge-
griffen: das Verlangen nach einer besseren gegenseitigen
Unterstützung der Alliierten: „Seit dem August 1914 ist das
französische Heer der unbeflegliche Schild der Zivilisation.
Sein Blut ist in Strömen geflossen; für den glücklichen
Ausgang des Krieges ist es notwendig, daß es bis zum Ende
die Hülle seiner Kraft bewahrt.“ Die bewegliche Klage über
die mangelnde Hilfe der Bundesgenossen ist an Deutlichkeit
kaum zu übertreffen. Sie richtet sich wohl weniger gegen
England, als gegen Rußland und die Vereinigten Staaten,
die durch das Vorbild der bisherigen Leistungen Frankreichs
zur Nachseiferung aufgeflackert werden sollen.

Aber ist diese Hilfe für Frankreich wirklich ein Mittel,
die Hülle seiner Kraft bis zu Ende zu bewahren? Schützt
ein Verständigungsfrieden die Lebenskraft des französischen
Volkstums nicht unendlich besser als der Vernichtungskrieg
mit seinen unsicheren Chancen und seinem großen Risiko?

Painlevé hat — nach der Forderung der Desanation
Elsas-Lothringens und nach der eines Schadenersatzes —
den Abschluß eines Friedens, nicht eines Friedens
des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des
nächsten Krieges in sich schließt, sondern eines gerechten
Friedens, durch den kein Volk, mächtig oder schwach, unter-
drückt wird, eines Friedens wirksamer Bürgschaften, welche
die Gemeinschaft der Nationen gegen den Angriff einer von
ihnen sichern, verlangt. Das kann ohne Zwang sein. Es kann
aber auch ohne Zwang sein, dann aber wäre die Forderung nach
Elsas-Lothringen und Kriegsschadensersatz weiter nichts
mehr als eine stehende Lebensart, auf die zu verzichten man
noch nicht den Mut hat. Denn Elsas-Lothringen und Kriegs-
schadensersatz ohne Zwang und Gewalt an Frankreich
bringen, das ist eine Kunst, die keiner kann. Der französische
Ministerpräsident erscheint in zwei Gestalten, von denen
eine nur Mache ist.

Welche ist die wahre?

Die Erklärung der neuen Regierung.

Painlevé leitete seine Rede ein, indem er die moralische
Widerstandskraft der Nation als einen entscheidenden Faktor
im Kampfe bezeichnete und jeden Angriff auf die Kampfesenergie
mit unanschätzlicher Schärfe zu ahnden versprach. Gerade gegen
diese moralische Widerstandskraft erklärten unsere Feinde, die uns
auf den Schlachtfeldern nicht haben besiegen können, ihre Angriffe
verdoppeln zu wollen; Sache der Regierung ist es, ihre Wachsamkeit
gegen diese hinterlistigen Unternehmungen und ihre Energie gegen-
über denjenigen, die diese Unternehmungen unterstützen
wirden, zu verdoppeln. Die Gerechtigkeit wird in den bereits er-
öffneten Untersuchungen ebenso, wie in denen, die noch folgen
sollen, ihren Weg ohne Zaudern, ohne Schwäche, ohne Rücksicht
auf die Stellung irgend jemandes verfolgen; wer sich zum Mit-
schuldigen des Feindes macht, muß die Strafe des Gesetzes
ertragen.

Nach dieser Anspielung auf die Affären Amereida und Turmel
geht er auf Painlevé's Del auf die erregten Wogen: „Welches auch
das Ende dieser traurigen Vorgänge sein mag, sie werden keine
Partei treffen.“

Aber auch seine Mandate des Feindes und seine Fehler einzelner
Persönlichkeiten können Frankreich von seinem unerschütter-
lichen Entschluß abbringen, der von den lautersten Ueber-
lieferungen unserer Rasse, von den erhabenen Grundsätzen der Frei-
heit eingegraben ist, welche die Revolution unter den Völkern aus-
sprach hat, und die heute die zivilisierte Welt gegen den
deutschen Imperialismus einigt. Wenn Frankreich diesen Krieg
fortsetzt, so geschieht es weder um zu erobern, noch um
zu züchtigen, es geschieht, um seine Freiheit und Unabhängigkeit
anglich mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Welt zu ver-
teidigen.

Frankreichs Forderungen

und diejenigen des Rechts selbst, sie sind unabhängig vom
Lose der Schlachten. Frankreich hat sie 1871 feierlich ver-
kündigt, als es besieg war, es verkündigt sie heute, wo es seine An-
reifer die Wucht seiner Waffen hat fühlen lassen.

Desanation von Elsas-Lothringen,
der Ersatz für die Schäden und Verstörungen,

die der Feind angerichtet hat, der Abschluß eines Friedens, nicht
eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des
nächsten Krieges in sich schließt, sondern eines gerechten Frie-
dens, durch den kein Volk, mächtig oder schwach, unterdrückt wird,
eines

Friedens wirksamer Bürgschaften,

welche die Gemeinschaft der Nationen gegen den Angriff einer von
ihnen sichern, das sind die erhabenen Kriegsziele Frankreichs, wenn
man überhaupt von Kriegszielen sprechen kann, wenn es sich um eine
Nation handelt, die vierundzwanzig Jahre lang trotz ihrer offenen
Wunden alles getan hat, um der Menschheit die Schrecken des
Krieges zu ersparen.

Solange diese Ziele nicht erreicht sind, wird Frankreich den
Kampf fortsetzen. Gewiß, den Krieg auch nur einen Tag zu-
lange fortsetzen, hieße das größte Verbrechen der Geschichte begehen.
Aber wollte man ihn nur einen Tag zu früh abbrechen, so würde
man Frankreich der erniedrigendsten Knechtschaft ausliefern, dem
materiellen und moralischen Elend, aus dem nicht es mehr befreien
könnte.

Painlevé erklärte, daß das alles überragende Ziel einer glück-
lichen Kriegsende nur erreicht werden kann, wenn alle Kräfte
im Lande zusammengelassen werden. Aber auch die politische und
militärische Einheitsfront der Alliierten müsse hergestellt und fest
ausgebaut werden.

Aber Ueberzückung der Bemühungen ist nicht
nur notwendig im Lande, sie ist noch dringender erforderlich zwischen
den Alliierten, die gestern und heute geriet durch dieselbe
heilige Sache kämpfen. Es ist notwendig, daß sie kämpfen, als
wären sie nur eine Nation, eine Armee, eine Front. Menschen,
Waffen, Geld müssen allen gemeinsam zur Verfügung stehen. Nur
in diesen Kreis wird die Ueberlegenheit ihrer Kräfte, die jetzt
noch so gestreut sind, erdrückend werden. Eine solche Politik wird
Frankreich erhalten, Wacht an seinen Grenzen zu halten, ohne seine
wirtschaftlichen Mittelquellen zu erschöpfen. Seit dem Monat
August 1914 ist das französische Heer der unbeflegliche Schild der
Zivilisation. Sein Blut ist in Strömen geflossen. Für den
glücklichen Ausgang des Krieges ist es notwendig,
daß es bis zum Ende die Hülle seiner Kraft be-
wahrt.

Die Regierungserklärung entwirft sodann in allgemeinen Zügen
einen Plan für den Uebergang in die Friedenszeit und fährt dann
fort: „Ehe wir diese Erklärung schließen, wollen wir einen Blick auf
die ungeheure Schlachtlinie werfen. Wenn auch die russische
Front und peinliche Enttäuschungen bereitet, so müssen wir
doch hoffen, daß die neue Republik aus dem Uebermaß der
Gefahr die Kraft schöpfen wird, die innere Einigkeit und die
Disziplin wieder herzustellen. Auf allen anderen Schlachtfeldern,
auf dem Marsch, am Terna und der Cerna wie im Artois sind seit
Monaten große Dinge vollbracht worden, deren Ergebnisse die noch
mehr in der Tiefe als an der Oberfläche liegen, durch ihre Folgen
tagtäglich werden. In den Westen werden die ersten
amerikanischen Kontingente in Kameradschaft mit Briten-

truppen ausgeteilt. Was unsere Armee anbelangt, so
war ihre Moral niemals höher und niemals niedriger
sie sich höher ihrer selbst. Auf das ihr bewundernswertes Selb-
stentum vor jeder Anstaltung bewahrt bleibe, muß sie sich unter der Ob-
hut der öffentlichen Gewalt fühlen, ohne daß in die Befugnisse des
Oberkommandos eingegriffen wird. Die parlamentarische
und die Regierungskontrolle werden ihre Aufgabe auf
diesem Gebiet wie auf allen anderen zu erfüllen wissen. Die Re-
gierung zählt auf die enge Mitwirkung des Parlaments, dessen In-
itiative und dessen dauernde Bemühungen der nationalen Verteidigung
so wirksame Dienste geleistet haben, die die Zukunft in volles
Licht setzen wird. Es ist unsere Absicht, in engem Einvernehmen
mit dem Parlament zu regieren, wobei wir die ganze Autorität
unseres Amtes beanspruchen. Wir werden nicht hinter einer
optimistischen Fassade unsere Verantwortlichkeit zu verbergen suchen.
Wir werden alles Ihrem Urteil unterbreiten und wenn Sie uns würdig einer so schweren Aufgabe halten,
so werden wir Ihr Vertrauen durch Energie und Aufrichtigkeit rechtfertigen.“

Wie berichtet wird, soll die Androhung härtester Mittel gegen
alle Attentate auf die moralische Widerstandsfähigkeit und der Passus
über die Kriegsziele warmen Beifall gefunden haben.

Die Debatte.

Chaunin-Sebiniere bedauerte die Abwesenheit
von Sozialisten im Kabinett und verlangte, daß Frank-
reich und seine Verbündeten ihre Kriegsziele
bekannt geben. Immerhin hält er keine Verhandlungen für
möglich, solange die Deutschen das besetzte Gebiet nicht geräumt
haben. Er schließt mit der Erklärung, daß er der Regierung Ver-
trauen gewähre, wenn er die Gewißheit habe, daß sie Frankreich
zum Siege führen werde.

Dubois verlangte Erklärungen der Regierung über die
Tätigkeit des Kriegskomitees. Weiter forderte Dubois Auf-
klärungen über die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich derjenigen,
die die feindliche Propaganda begünstigen.

Augagneur kritisierte lebhaft die Zusammenfügung des
Ministeriums. Darauf wurde die Aussprache ausgesetzt.

Im Augenblick, als sich die Deputierten zum Verlassen des
Saales ansetzten, gab der Präsident bekannt, daß ein Antrag auf
Erteilung der Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung eines Ab-
geordneten (Maire Turmel) eingegangen sei. Die Kammer beschloß,
sodort zur Ernennung eines Sonderausschusses zu schreiten, der über
den Antrag Beschluß fassen soll.

Bei Beginn der Sitzung hatte Deschanel ein Telegramm
Zerstört gelesen, in dem der Wille Rußlands, den Kampf bis
zum Siege fortzusetzen, bekräftigt wird.

Die Affäre Turmel.

Der Brief des Oberstaatsanwalts an die Kammer, worin
dieser die Ermächtigung zur Einleitung des Verfahrens
gegen den Deputierten Turmel nachsucht, erinnert an
die Umstände, unter denen die Einberufung der 2000 Franz-
in schweizerischen Banknoten in der Kammer stattfand, auf die Turmel
keinen Anspruch erhebe und über deren Herkunft er drei vonein-
ander abweichende Erklärungen gegeben habe. Eine zweimalige
Ladung beachtete Turmel nicht. Der Verdacht ist also begründet,
daß die von Turmel in der Schweiz vorgenommenen Operationen
geheimen Charakter hatten und unter das Gesetz fallen, das
jede Beziehung wirtschaftlicher Art mit Untertanen feindlicher
Mächte verbietet. Infolgedessen fordert der Oberstaatsanwalt von
der Kammer die Ermächtigung, das Verfahren gegen Turmel ein-
zuleiten.

Der Kammerausschuß für die Angelegenheit Turmel beschloß,
dessen parlamentarische Unversehrtheit aufzuheben. Die zur Prü-
fung der Frage der Verfolgungsermächtigung gegen den Abgeord-
neten Turmel gewählte Kommission, die aus 12 Mitgliedern be-
steht, beschloß einstimmig, der vom Justizminister erbetenen Ermäch-
tigung zur Einleitung der gerichtlichen Verfolgung gegen Turmel
zuzustimmen. Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, daß die vom
Oberstaatsanwalt angeführten Anklagepunkte nicht sehr triftig
seien, fügten jedoch hinzu, daß sie nichts desto weniger für die Ein-
leitung des Verfahrens stimmten, schon im Interesse Turmels selbst,
um es ihm zu ermöglichen, vollkommenes Licht in die Angelegenheit
zu bringen.

Die Beschuldigung, daß der Abg. Turmel das Protokoll der Ge-
heimhaltung durch den Agenten ausgeliefert habe, und daß sich dar-
aus die Herkunft der 20 000 schweizerischen Franz-erkläre, scheint
schon gelassen zu sein. Dagegen wird Turmel beschuldigt, für
Schweizer Geschäftsleute Vieh und Fleisch in Argentinien gekauft
zu haben, das schließlich bei einem Händler namens Gänzbürger
in Basel gelandet sei, von wo es nach Deutschland ausgeführt wurde.

Manifest an die der Internationale angeschlossenen Parteien.

Wir haben das Manifest des Stockholmer Or-
ganisationskomitees bereits im telegraphischen
Ausgang veröffentlicht, nachstehend geben wir den nunmehr
eingetrockneten wörtlichen Text des bedeutsamen
Dokuments. Red. d. W.“

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hält es
für angemessen, nach der Rückkehr der vom Arbeiter- und Soldaten-
rat von ganz Rußland nach London, Paris und Rom gesandten Dele-
gation den sozialistischen und Arbeiterparteien, die sich der in-
ternationalen Konferenz angeschlossen haben, eine kurze Erklärung über
die Lage zu geben:

Das Komitee erklärt zunächst klar und entschieden, daß der
Plan, in Stockholm eine internationale sozialistische Konferenz ein-
zuberufen, weder preisgegeben ist noch preisgegeben werden wird.

Wenn die englische und französische Delegation
Pässe erhalten hätte, so hätte die Konferenz am 9. September
stattgefunden.

Die Konferenz wird stattfinden, sobald die Nachfrage
geregelt ist und das Datum wird dann sofort festgesetzt werden.
Die russische Delegation war in der Lage, sich in Großbritan-
nien, Frankreich und Italien davon zu überzeugen, daß die Ar-
beiterklasse der Idee der Stockholmer Konferenz ergeben
ist und bleibt, und daß die Bewegung zugunsten einer gemeinsamen
Aktion für einen gerechten und dauerhaften Frieden in allen Kreisen
im Wachsen ist. Der Anschluß an Stockholm war darum so ein-
hellig, weil die Arbeiterklasse immer mehr begreift, daß sie ein poli-
tisches und ökonomisches Interesse daran hat, an der Aufrech-
tung eines standfesten Systems in Europa direkt mitzu-
wirken, sowohl um das Ende des jetzigen Konflikts zu beschleunigen,
als auch, um die Wiederkehr des Weltbrandes zu verhindern,
dessen am meisten leidende Opfer sie geworden ist. Sie ist auch
überzeugt, daß ein dauerhafter Frieden, der einerseits nicht die Inter-
essen der schwachen Völker denen der starken, und andererseits die
Interessen der Arbeiterklasse nicht denen der kapitalistischen Bour-
geoisie aufopfert, nur durch ein gemeinsames und einver-
ständliches Bemühen des Proletariats der ganzen
Welt errungen werden kann.

Eine brutale Verweigerung der Pässe, die in aller Augen als
Widerschein einer wachsenden Reaktion erschien, vermag das Klassen-
bewußte Proletariat nicht abzuweichen, das noch größere Schwierig-
keiten zu überwinden vermocht hat und begreift, daß es sich in Wirk-

keitsvoll darum handelt, die Arbeiterklasse an der Er-
füllung ihrer geschichtlichen Rolle zu hindern.
Aus diesem Grunde appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs,
Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, den
Raub einer elementaren Freiheit, nämlich der des
Reinigungsaustausches, nicht zuzulassen. Es geht im Grunde um die
Gedankenfreiheit — eine Freiheit, die zu den kostbarsten Errungen-
schaften der französischen Revolution gehört und worauf die organi-
sierten Arbeiter ohne moralischen Selbstmord nicht ver-
zichten können.

Um unsere Aktion zu hemmen, haben die Gegner des Sozialis-
mus besonders in der letzten Zeit zu ihren hergebrachten Mitteln
gegriffen. Um das Schwindeln der Kriegshypnose zu bekämpfen,
handhaben sie gegen uns abwechselnd Untersuchung und
Verleumdung. Sie beriefen sich sogar auf nicht existierende
Dokumente, um auf die Arbeitermassen Eindruck zu machen. Ueber-
all wurde das Monopol der Post- und Telegraphenverbindungen
mißbraucht, um unsere Erklärungen zurückzuhalten oder zu
fälschen.

Dieser ganze Feldzug ist jämmerlich mißglückt und mit Genug-
tun und Stolz stellen wir fest, daß der Wille der Arbeiterklasse
nicht erschüttert worden ist. Die überwältigende Mehrheit der
Delegierten auf der Londoner Konferenz der Verbündeten war für
Stockholm, und wenn man die Beschlüsse von Manchester vom Beginn
dieses Jahres, wo sich Dreiviertel der Delegierten gegen jede inter-
nationale Konferenz aussprachen, mit der Resolution von Stock-
holm im September 1917 vergleicht, wo das Prinzip von Stockholm
sogar kein Gegner mehr gefunden hat, so kann sich das Komitee
zu der Entschluß, die sich vollzogen hat, beglückwünschen.

Andererseits ist das Schicksal der Stockholmer Konferenz eng
verknüpft mit der russischen Revolution. Die Reaktion hat versucht,
die Revolution für die Anarchie verantwortlich zu machen, in die
der Zarismus Rußland gestürzt hat, und unkluge Leute haben die
Gegenrevolution durch ein bedauerliches Verhalten und Handeln noch
gefährdet.

Wir senden unseren Genossen, Arbeitern und Bauern Rußlands
den Ausdruck unserer Bewunderung und unserer Solidarität und
sprechen den heißen Wunsch aus, daß sie alle, ohne Ausnahme, in die
Reihe treten mögen, um die Demokratie und das revolutionäre Ruß-
land zu verteidigen. Die Arbeiterklassen aller Länder, die den
Sturz des Zarismus mit Begeisterung begrüßt haben, werden —
wir sind dessen gewiß — dem Treiben der internationalen Reaktion
widerstehen, die den Bemühungen der Gegenrevolution schon Beifall
flößt. Wir geben zugleich der festen Hoffnung Ausdruck, daß die
Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs ihre so-
zialistische Pflicht erfüllen und energisch gegen jeden Plan und
gegen jede Taktik protestieren werden, die die Revolution
untergraben und Deutschland zum Mitschuldigen der
Gegenrevolution machen möchte.

Die in Stockholm angeschlossenen Parteien werden begreifen,
daß es uns im Angesicht dieser Ereignisse unmöglich ist, in diesem
Augenblick eine präzise Antwort zu geben. Auf das Telegramm
der sozialistischen Partei Frankreichs, die uns volle Freiheit des
Sammelns gelassen hat, und auf den Brief der sozialistischen Parteien
Oesterreichs, Deutschlands (Sozialdemokratische Partei), Ungarns,
Böhmens, Böhmens und Bulgariens, die auf die Bestimmung eines
endgültigen Datums drangen.

Aber unser Komitee hat beschlossen, seine Aktion ruhig und ent-
schieden fortzusetzen. Es wird binnen kurzer Frist die ge-
samelten Denkschriften herausgeben, die von den
angeschlossenen Parteien eingereicht worden sind, nebst einem Gene-
ralbericht, der eine objektive Darlegung der von allen unseren Or-
ganisationen aufgeworfenen Fragen geben wird. Unsere, den Par-
teien der neutralen Länder angehörenden Mitglieder haben es
übernommen, schon jetzt die Schlussfolgerungen auszuarbeiten, die
sich aus diesen Darlegungen ergeben. Sie werden allen angeschlos-
senen Parteien übermittelt werden, um sie in den Stand zu setzen,
sich am Tage des Zusammentritts der allgemeinen Konferenz darüber
zu äußern. Endlich hat das Komitee beschlossen, falls die betreffen-
den Parteien einen dahingehenden Wunsch äußern, zur neuen Kon-
ferenz der Verbündeten in London und zu jeder anderen von den
angeschlossenen Parteien veranstalteten Versammlung einige seiner
Mitglieder zu entsenden, um dort über unsere Tätigkeit und über
die Schlussfolgerungen, zu denen die Verfasser der der Konferenz
zu unterbreitenden Vorschläge gelangt sind, Bericht zu erhalten.

Genossen! Die Konferenz von Stockholm ist nur eine Etappe
auf dem Marsch des internationalen Sozialismus. Die Aktion der
Arbeiterklasse, die dem gleichen Ziele zustrebt, wird ihre volle Wir-
kung erst am dem Tage entfalten können, wo die Konferenz ein
Aktionsprogramm gefunden haben wird, und sie wird mit
dem Tage der Einstellung der Feindseligkeiten nicht enden. Viel-
leicht erst recht in jenem Augenblick wird sie über den Gang der
Ereignisse wachen und Lebens- und Entschlußkraft an den Tag
legen müssen. Denn in der Tat werden dort die endgültigen
Bedingungen ausgearbeitet werden, die das politische und
wirtschaftliche Leben Europas und der Welt auf lange Jahre hinaus
bestimmen. Unser Geban ist, daß die Stockholmer Konferenz ein
neues Zeitalter des Kampfes des Proletariats gegen den Imperia-
lismus einleiten soll, dadurch, daß sie eine Internationale wieder
errichtet, die zu gemeinsamer Aktion fähig ist. Die Arbeiterklasse
wird tatsächlich, daß dieser Krieg der letzte sei. Sie will
die Staaten demokratisieren, neuen Konflikten vorbeugen, Wirt-
schaftskriege verhindern und vor allem will sie durch Rechtsbürg-
schaften und Schiedsgerichte eine friedliche, zu Wasser und zu Lande
entwaffnete Welt begründen — ein Europa der Demokratie und der
wahren Freiheit.

Inmitten des entsetzlichen Hasses hat die Arbeiterklasse auf ihr
Ideal der menschlichen Verdrückerung nicht verzichtet.
Genossen! Wenn Ihr nur wollt, wird die internationale Kon-
ferenz in kurzer Frist stattfinden. Um dieses Ziel zu erreichen,
genügt es, daß die Parteien der großen Verantwortung, die auf
ihnen ruht, bewußt seien.

Die Lösung bleibt für das ganze Proletariat:
Auf nach Stockholm!

Für das Organisationskomitee der internationalen Konferenz:
P. J. Troelstra, H. P. van Kol, J. W. Wabara.

B. J. Bliegen (Ersahm.), Wibaut (Ersahm.) — (Holland.)
H. Branting, E. Edberg, G. Wöller (Schweden).
P. J. Borgbjerg, Nina Wang (Ersahm.) — (Dänemark).
Vidnes (Norwegen).

P. Agelrod, R. Erlich, J. Goldenberg, R. Roussanoff,
K. Smirnow (Rußland).

Das Sekretariat: Camille Hubmans, Marc Pamin.
Stockholm, 15. September 1917.

Die Kosaken für Kaledin.

Petersburg, 19. September. (Petersburger Telegr.-Ag.) Auf
die gegen General Kaledin erhobene Anklage hin, eine Bewegung
gegen die Regierung eingeleitet zu haben, fand in Kowotzschersk,
der Hauptstadt des Donkosakengebirgs, eine außerordentliche Sitzung
der Kosakengemeinde der Donkosaken statt. Sie forderten die
Regierung auf, den Befehl gegen Kaledin zu wie-

derufen und leiten dem Militärbefehlshaber des Moskauer Bezirks, der mit der Unterdrückung der Bewegung der Kosaken beauftragt worden war, mit, daß die Truppen vom Don niemals aufgehört hätten, dem Vaterlande und der geschwägigen Regierung treu zu sein. Der Truppenbefehlshaber von Kossau ordnete an, alle feindseligen Handlungen gegen die Kosaken einzustellen. Eine Versammlung von Offizieren der Garnison von Nowoißerskoff forderte ebenfalls, daß die Verhaftung Kalesins widerrufen würde, da die Verdächtigungen das Herz von Spikeln sei. So wird der Kosaken-Zwischenfall in nächster Zeit auf befriedigende Weise beigelegt werden können.

Wiederaufleben der Entente-Offensive.

Berlin, 10. September. Nach der Erschöpfungspause in den Angriffen der Entente ist der Kampf an allen Fronten wieder aufgelebt. In Flandern entfalten die Engländer neuerdings eine rege Tätigkeit. Außer dem starken Trommelfeuer mit gewaltigem Munitionseinsatz, das an den verschiedenen Stellen schlagartig einsetzt, deuten auch Truppenbewegungen auf neue englische Angriffsabsichten hin. Denselben Sporn wurde mehrfach das Auffüllen der englischen Trichter erkannt. Am Jüßebeler See und bei Ylsem wurden marschierende Kolonnen beobachtet und unter wirksamem Feuer genommen. Die englischen Infanterie- und Artilleriestellungen litten beträchtlich unter der Abwehrwirkung der deutschen Artillerie. Zahlreiche starke Explosionen konnten festgestellt werden. Im Artois war die Feuerleistung besonders bei Acheville gesteigert. Nördlich des Passée-Kanals gelang es den Deutschen, nach Sprengen einer Mine deren Trichter zu besetzen. Bei St. Quentin kam es nur zu Patrouillengefechten. Die Ruine der Kathedrale von Saint Quentin erhielt mehrere Treffer.

An der Westfront war die Artillerietätigkeit klar gesteigert. Nördlich Reims drangen deutsche Stoßtrupps südöstlich Courcy bis in den zweiten französischen Graben vor, fügten den Franzosen erhebliche Verluste zu und kehrten mit einer Anzahl Gefangener zurück. Auf dem östlichen Maasufer versuchten die Franzosen einen neuen Angriff. 4 Uhr 30 nachmittags brachen sie nach kurzer heftiger Feuerbereitschaft in 8 Kilometer Breite vom Nordhang der Höhe 344 bis zur Straße Beaumont-Bacherauville zum Angriff vor. Den ersten Angriffswellen folgten tiefgegliederte massierte Reserven. Das deutsche Abwehrfeuer setzte unmittelbar, nachdem die ersten Franzosen ihren Graben verlassen hatten, mit einem vernichtenden Eisenhagel ein. Die vordersten Sturmwellen kamen nicht einmal bis an das deutsche Hindernis, sie kehrten um und rückten ab, wurden aber von der Wucht der nachdrängenden Reserven wieder vorgezogen. Infolge ihrer Rückführung hatten diese im deutschen Maschinengewehrfeuer furchtbare Verluste. Nur ein geringer Teil gelangte bis an die deutschen Gräben, wo er niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Die übrigen wandten sich jetzt allgemein zur Flucht. Verzweifelt mähnten sich die überlebenden Sturmtruppen, die steilen Hänge, die sie herabgestürzt waren, wieder zu erklimmen. Unter den regellos zurückstuhenden dichten Massen schlug das deutsche Vernichtungsfeuer verheerend ein. Der Nordhang der Höhe 344 liegt voll toter Franzosen. Die Flieger-tätigkeit war beiderseits rege. Deutsche Geschwader besetzten Bahnhöfe und Truppenunterkünfte in der Nacht vom 18. zum 19. September ausgiebig mit Bomben. In Riveville entstand ein Brand, der lange anhält. In Elecourt wurde ein Munitionslager in die Luft gesprengt.

Auch im Osten ist die Kampf-tätigkeit aufgelebt. An der Riga-Front versuchten die Russen mehrere vergebliche Teilvorstöße in Stärke von einigen Kompagnien. In der Roldau hat ein neuer russo-rumänischer Angriff eingelegt. Starke Feuer am Morgen des 18. September vom Ditz bis zum Ostau-Zal folgten eine Anzahl schwächerer erfolgloser Teilangriffe nördlich der Glasfabrik. Am Nachmittage setzten dann nach neuer starker Artillerievorbereitung von der Glasfabrik bis zur Ditzstraße heftige tiefgegliederte Angriffe ein. An der Glasfabrik wurden sie restlos abgewiesen. Südlich Brodcei wurde ein rumänischer Anfangserfolg durch Gegenstoß wieder völlig ausgeglichen. Bei Barnita wiederholten die Rumänen die Angriffe des Vortages wiederum ohne jeden Erfolg. Ebenso nordwestlich Muncelul, wo die Rumänen einen überraschenden Teilvorstoß versuchten, der im Abwehrfeuer der Verbündeten restlos zusammenbrach.

Der Krieg auf den Meeren.

Amtlich. Berlin, 18. September. Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere Unterseeboote

19 000 Br.-Reg.-T.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete englische Dampfer, einer davon anscheinend ein Hilfskreuzer oder Transporter.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englands Anstrengungen im Schiffsbau.

Laut „Daily News and Leader“ vom 5. September ist aus zwei Nachrichten zu Lloyd Register of Shipping“ ersichtlich, daß vom 8. 7. bis 17. 8. über 100 Dampfer, darunter 68 englische, eingetragen wurden.

Die meisten dieser Schiffe sind von großem Tonnengehalt.

Sonderfrieden Oesterreich-Ungarns.

„Pester Lloyd“ gegen Graf Karolyi.

Der „Pester Lloyd“, der sich mit jeder ungarischen Regierung gut liebt, antwortet scharf auf die Rede des Grafen Karolyi in Czegled: „Der Abg. Graf Karolyi ist vom Grafen Czernin in aller Form abgerückt. Der gemeinsame Minister des Reiches hat sich seine Gunst verschert. Als Graf Czernin seine Genehmigung zu einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen bekräftigte, glaubte Graf Karolyi, dies würde den Beginn einer selbständigen Aktion bedeuten, aber Graf Czernin sei auf halbem Wege stehen geblieben und möglich sei sogar, daß er nie den weitgehenden Plan hatte, den Ruf der Herbeiführung des Friedens für die Monarchie in Anspruch zu nehmen. In diesen Sätzen scheint der Ton auf den Worten zu liegen, die von der Erwartung sprechen, daß Graf Czernin eine selbständige Aktion“ unternehmen würde. Vielleicht liegt in dieser Formulierung der Schlüssel zum Verständnis der durch gewollte Unklarheit verhaltenen Absichten. Graf Karolyi hat eine selbständige Aktion erwartet, eine Aktion also, die Graf Czernin ausschließlich in eigenen Wirkungsbereich, also wohl auch ohne Rücksicht auf die Bundesgenossen durchführen sollte. Ist das die richtige Deutung der Czegleder Rede, so offenbart sich plötzlich ihr bisher verborgener Sinn, nur würde man für das, was in Czegled „Selbständigkeit“ hieß, sonst überall in Ungarn ein ganz

anderes Wort finden. Gegen diese Art von Selbständigkeit lehnt sich die ungarische Bundesstreu, aber auch der gesunde Selbsterhaltungstrieb des ungarischen Volkes mit aller Leidenschaftlichkeit auf.“

Kleine Kriegsnachrichten.

Der amerikanische Werftarbeiterstreik. Der Obmann des Schiffsfahrerverbandes G. H. G. forderte die Arbeiter auf, zur Beendigung des Streikzustandes zu vermittelten, der das Schiffsbauprogramm der Regierung für die pazifische Küste gefährde. Die Besprechungen in San Francisco zwischen der Regierung, den Vertretern der Werften und den Arbeiterführern dauern an.

Die amtliche „Aufklärung“ gegen den Reichstag.

Zu unseren gestrigen Mitteilungen über gefährliche Pläne bestimmter amtlicher Stellen bemerkt das „Berliner Tageblatt“ bestätigend:

Aus Informationen, die uns zur Verfügung stehen, geht klar und unzweifelhaft hervor, daß es sich in der Tat um eine genau ausgearbeitete, in allen Einzelheiten organisierte, von amtlichen Stellen geleitete und mit Hilfe des amtlichen Apparates durchgeführte Agitation handelt. Diese Agitation erstreckt sich auf die verschiedensten Kreise und Schichten abhängiger, von ihren amtlichen Vorgesetzten abhängiger Personen. Sie steht nicht nur im Widerspruch zu der Politik der Reichstagsmehrheit, sondern doch auch, wenn nicht alles täuscht, im Widerspruch zur Politik der Regierung. Ob der Herr Reichstagskanzler von diesen Vorgängen etwas weiß, vermögen wir nicht zu beurteilen; aber es wäre unverständlich, daß ihm und seinen Mitarbeitern diese so umfangreiche, rührige und planmäßige „Aufklärungsarbeit“ verborgen bleiben sollte. Eine „Gegenwehr in der Presse“, von der das sozialdemokratische Blatt spricht, ist aus Gründen, die nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, sehr schwierig. Der Reichstag aber wird sich mit dieser recht dringlichen Angelegenheit ja vermutlich beschäftigen.

Die alldeutsche Presse stellt sich dumm und schreibt von „sozialdemokratischer Furcht vor der Wahrheit“. Ach nein, vor der Wahrheit oder vor dem, was sich als solche ausgiebt, haben wir nicht die mindeste Furcht. Aber, wo „aufgeklärt“ wird, da muß Freiheit der Diskussion herrschen, muß das Geltendmachen von Gegengründen, muß auch die entschiedenste Ablehnung vorgetragener Meinungen erlaubt sein. Wo diese Freiheit nicht herrscht, hat die sogenannte Aufklärung zu scheitern, wenn sie nicht zu unerträglicher Gesinnungsnechtschaft ausarten soll. Und daß das Volk vor solcher Gesinnungsnechtschaft geschützt wird, dafür muß gesorgt werden, dafür wird gesorgt werden!

Mieterschutz, der keiner ist!

Wir konnten gestern Raum-mangels halber nicht zu der durch B. L. B. verbreiteten Notiz, daß der Bundesrat den Amtsgerichten die den Mietverhältnissen zugehörigen Befugnisse zum Schutze der Mieter zugewiesen habe, Stellung nehmen. Die durch das Verlangen der Bundesstaaten notwendig gemordene Aenderung der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 schafft nun wenigstens formell in noch schwebenden Fällen den den Mietern so notwendigen Schutz. Aber wieviele Fälle schweben denn noch? Ob's überhaupt noch welche gibt? Und wenn, in tatsächlicher Beziehung ist die Bundesratsverordnung in fast allen Fällen, die zu ihrem Erlaß Veranlassung gegeben haben, wirkungslos verpufft. Man vergegenwärtige sich folgendes:

Der Mieter kann über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietvertrages, seine Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung des Mietvertrages die Entscheidung des Mieteinigungsamtes und wo diesem die Befugnis zu solcher Entscheidung nicht beigelegt ist, nach der neuen Bestimmung, des Amtsgerichts, anrufen. Das hat er unverzüglich zu tun. Er kann es nicht tun, wenn inzwischen die Mietzeit abgelaufen ist, oder er sich mit dem Hauswirt über die Fortsetzung des Mietverhältnisses selbst verständigt hat. Nun schreiben wir heute den 20. September. Die meisten Mieter werden nun wohl das Mietverhältnis in der Schwebe gelassen haben? Die Ungewißheit, ob sie wohnen bleiben oder zum 1. Oktober eine neue Wohnung finden, wird so schwer und drückend gewesen sein, daß die Mieter, um nur sicher wohnen zu können, die Forderungen des Hauswirts erfüllt, oder sich eine neue Wohnung genommen haben werden. Die geradezu skandalöse Verschleppung der Regelung der Zuständigkeit der Mieteinigungsämter, der erst jetzt durch die vorläufige Uebertragung der Zuständigkeit auf die Amtsgerichte abgeholfen ist, hat fast alle betroffenen Mieter um den ihnen zugehörigen Schutz gebracht. Trifft die Hauptschuld auch die einzelstaatlichen Regierungen, der Bundesrat hätte wissen müssen, daß bei diesen auf absolut kein sozialpolitisches Verhängnis zu rechnen ist.

Nun wird auch in den wenigen Fällen, in denen die durch den Hauswirt gekündigten Mieter die Entscheidung des Einigungsamtes noch anrufen, ihnen, der tatsächlichen Verhältnisse wegen, kaum eine Hilfe werden können. Der Hauswirt wird die gekündigte Wohnung natürlich vermietet haben und bei dem Mangel an kleinen Wohnungen mit Leichtigkeit haben vermieten können. Ruft nun der alte Mieter die Entscheidung des Einigungsamtes über die Berechtigung der Kündigung usw. an, wird der Hauswirt für den Fall der Fortsetzung des Mietverhältnisses die Kündigung des mit dem neuen Mieter geschlossenen Vertrages beantragen müssen. Es spielen also auch die Interessen des neuen Mieters eine erhebliche Rolle. Wo findet er nun bis zum 1. Oktober eine neue Wohnung; wer entschädigt ihn für den bei Auflösung des von ihm im guten Glauben geschlossenen Mietvertrages erwachsenden Schaden? Das alles wird für das Einigungsamt eine Rolle spielen. Daher auch wird die Bundesratsverordnung eine praktische Wirkung in den durch das rigorose Vorgehen der Hauswirte im Juni dieses Jahres alai gewordenen Fällen nicht haben. Nochmals betont, nur am bestwillen, weil die einzelstaatlichen Regierungen so vollständig versagt haben und weil in der Reichsleitung niemand war, der rechtzeitig eingriff. Das Einzige, was die Bundesratsverordnung bewirkt hat, ist, daß die Hauswirte in Zukunft nicht so schonenlos Mietzeigerungen vornehmen können. Immer aber haben die Hausbesitzer durch ihr nahezu an Wucher grenzendes Vorgehen diesen Mietern erhebliche Lasten auflegen können.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die Wahlrechtsvorlage wird der parteiamtlichen „Liberalen Korrespondenz“ zufolge noch im Laufe des Monats Oktober dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen. Sie bringt das gleiche Wahlrecht, wie der Juli-Entwurf des Königs in Aussicht gestellt hat, und zwar ohne jeden Zensus und ohne alle Pluralisierungsversuche. Verbunden mit der Wahlrechtsvorlage wird ein Gesetzentwurf über die Wahlkreiseinteilung und ebenso die Reform des Herrenhauses.

Daß die Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit — selbstverständlich gegen die deutschkonservative Partei — findet, darf der genannten Korrespondenz zufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

Der preussische Landtag ist im Mai bis zum 9. Oktober vertagt worden. Inzwischen sind einzelne Parteien mit dem Wunsche herborgetreten, die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses erst acht Tage später beginnen zu lassen. Das Staatsministerium hat sich daraufhin, wie wir der „Post“ entnehmen, bereit erklärt, in diese Hinausschiebung zu willigen.

Der innere Feind.

In Hamburg wird, wie wir dem „Echo“ entnehmen, ein all-deutsches Flugblatt verbreitet, in dem es heißt:

„Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! In einer größeren als vor drei Jahren! Wegen den äußeren Feind konnten wir damals unserer Wehrmacht vertrauen, und dies Vertrauen hat uns nicht getäuscht. Heute ist der innere Feind am Werk! ...“

Es genügt diesen angenehmen Mitbürgern nicht, daß uns die ganze Welt auf den Hals gehetzt worden ist, sie wollen auch noch den Krieg mit dem eigenen Volke! Der Bürgerkrieg ist tot, es lebe der Bürgerkrieg! Unserwegen mögen sie ihn haben, nur mag der Reichstag dafür sorgen, daß der Gegenwehr keine Hindernisse in den Weg gelegt werden!

Frei nach Heydebrand.

In der alldeutschen „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ prophezeit ein Jünger Heydebrands:

Ist der Tag da, vor dem wir unablässig warnten, der uns auf das erste, verfehlte und hinterhältige Friedensangebot Englands kluglich hereinfallen und uns mit dem Verzicht auf Belgien auch auf die glänzende Größe und den gesicherten Deutschen Frieden vergichten läßt, den uns in drei Monaten das zweite, ernste Angebot des bankrotten Todfeindes bringen muß?

Die Korrespondenz ist vom 18. September datiert. In drei Monaten ist der 18. Dezember. Also doch noch in diesem Jahre.

Und wenn nicht, was dann?

Parteinachrichten.

Gewerkschaften und „Unabhängige“.

Die Zumutung der Leipziger Unabhängigen, daß in gemeinsamen Ausschüssen der Partei, des Gewerkschaftslokals und der Gewerkschaften nur Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Parteien, wird von „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission abgelehnt. Die Gewerkschaften können und werden sich von niemand vorschreiben lassen, wen sie mit ihrer Vertretung in derartigen Ausschüssen betrauen wollen. Das ist eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit. Zudem widerspricht es den Statuten aller der Generalkommission angeschlossenen Verbände, von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei zu verlangen. In dieser parteipolitischen Neutralität den einzelnen Mitgliedern gegenüber festzuhalten, ist bei der heutigen Parteipartitur mehr denn je notwendig. Die Herren „Unabhängigen“ werden also entweder auf die Durchführung ihres Beschlusses oder aber auf das Zusammenwirken mit Gewerkschaftsvertretern in solchen Ausschüssen schließlich verzichten müssen.

Letzte Nachrichten.

Rußland verleiht den Ostprovinzen Autonomie.

König, 19. September. Nach Meldungen der französischen Presse hat die vorläufige russische Regierung vorbehaltlich der Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung die Autonomie von Estland, Livland und Kurland bewilligt.

Gespannte Lage in Rom.

Bern, 10. September. Vorgestern und gestern fanden Versammlungen aller römischen Sektionen der Arbeiterkammer sowie auch Vollversammlungen der sozialistischen Partei statt. Die zur Teilnahme einladenden Aufrufe sprachen von höchwichtigen Mitteilungen an die Jugendorganisation sowie von Fragen außergewöhnlicher Wichtigkeit, die zur Verhandlung gelangen sollen. Heute Abend werden sich in Rom auch die Anarchisten versammeln.

Wilson will weiter enthüllen.

Stockholm, 10. September. „Stockholms Tidningen“ berichtet, „Times“ melde aus Washington, das Staatssekretariat besitze noch andere Schriftstücke, die Schweden ebenso bloßstellen, wie die schon veröffentlichten. Das Blatt schreibt dazu: Man muß die Vereinigten Staaten bitten, sich nicht von erheucheltem Feingefühl verhindert zu fühlen, alles vorzulegen, anstatt die Stimmung durch Anklagen zu erhitzen, denen man nicht entgegenzutreten kann.

Holland nicht in Not.

Amsterdam, 10. September. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß die Kartoffelernte in den Niederlanden dieses Jahr außergewöhnlich günstig ausgefallen ist.

Explosion eines spanischen Dampfers.

Madrid, 10. September. (Meldung des Vertreters des Wiener R. A. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus; veripäet eingetroffen.) Nach einer Meldung des Blattes „Debate“ in infolge einer Explosion an Bord in der Nähe von Arcachon der spanische Dampfer Marquet de Rubela untergegangen. Er war mit einer Ergladung von Rindfleisch nach England unterwegs.

Die tägliche Milliarde Amerikas.

Washington, 18. September. „United Press“ meldet: Das Mitglied des Kongresses Fitzgerald, der gleichzeitig Bericht-erhalter der Budgetkommission ist, hat den Voranschlag bis 1. Juni 1918 eingebracht. Der Voranschlag rechnet mit einem Betrage von rund 85 Milliarden Dollar (340 Millionen Mark). Allein für den Bau von Flugzeugen sind bereits 3,2 Milliarden Dollar (12,8 Milliarden Mark) ausgegeben worden. Die Vereinigten Staaten werden nach dieser Berechnung 250 Millionen Dollar (eine Milliarde Mark) täglich für den Krieg ausgeben.

Streik der amerikanischen Dockarbeiter.

New York, 19. September. „Central News“ meldet: 4000 Dockarbeiter von englischen, französischen und holländischen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen nach Entlassung eines unbefähigten Aufsehers nicht bewilligt wurden. Die Arbeiter erklärten, daß sich über 50 000 Kollegen dem Ausstand anschließen würden.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Teuerungszulage der Rohrleger.

Die letzte Vereinbarung über die Teuerungszulage im Rohrlegergewerbe läuft bis 1. Oktober. Die Rohrleger und Helfer hatten vor kurzem beschlossen, für die Zeit nach dem 1. Oktober eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um 30 Pf. für die Stunde zu fordern. Die Vertreter der Arbeiter haben diese Forderung der Unternehmerorganisation unterbreitet und die Schlichtungskommission hat infolgedessen darüber verhandelt. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, sie hätten zwar mit einer Erhöhung der Teuerungszulage gerechnet, aber die von den Arbeitern gestellte Forderung gehe doch zu weit. Die Unternehmer boten eine Zulage von 20 Pf., die in vier Zeitabschnitten von je sechs Wochen mit je 5 Pf. gewährt werden sollte. Dies Angebot lehnten die Arbeitervertreter entschieden ab. Sie erklärten sich bereit, ihre Forderungen auf 25 Pf. zu ermäßigen, die in zwei Zeitabschnitten mit 10 und 15 Pf. zu zahlen wären. Nachdem die Unternehmer erklärt hatten, sie könnten nicht über 20 Pf. hinausgehen, machten die Arbeiter ihren letzten Vorschlag dahin, daß die Teuerungszulage am 1. Oktober um 10 Pf. und am 1. Januar nochmals um 10 Pf. erhöht werde. Zu diesem Vorschlag erklärten dann die Unternehmervertreter, sie würden denselben ihrer Versammlung empfehlen. Weiter wurde noch vereinbart, daß die Zulage um 1 M. pro Tag erhöht wird, so daß sie insgesamt den Betrag von 5 M. mindestens erreicht. Jedoch soll dem Monteur bei Landarbeit, wenn er Verpflegung erhält, nur eine tägliche Zulage von 2 M. gewährt werden. Bezüglich des Affordiaris wurde vereinbart, daß er um weitere 16 2/3 Proz. (einschließlich der bisherigen Zulage) also um 50 Proz. insgesamt erhöht werden soll. — Diesen Vereinbarungen zufolge beträgt der Mindeststundenlohn einschließlich der erhöhten Teuerungszulage vom 1. Oktober ab für Rohrleger 1,30 M., für Helfer 1,11 1/2 M., für Helfer unter 18 Jahre 1,03 M. Am 1. Januar erhöhen sich diese Sätze auf 1,42 M., 1,23 1/2 M., 1,15 M. und gelten bis zum Ablauf des Tarifvertrages am 31. März 1918.

In der Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer am Dienstag legte Siering die Vereinbarungen vor, empfahl dessen Annahme und teilte mit, daß die Arbeitgeberversammlung denselben bereits zugestimmt hat. Nach einer kurzen Diskussion nahm die Branchenversammlung die Vereinbarung mit großer Mehrheit an.

22. Tagung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.

Zweiter Verhandlungstag.

Dresden, 18. September 1917.

Sundhoff wies in die Diskussion über die Referate „Aenderung der Reichsversicherung“

eingetreten. Geschäftsführer Bunde-Hamburg hält u. a. eine Aenderung des Wahlrechts zu den Versicherungsbehörden für notwendig. Bonhki-Berlin wendet sich gegen die von einem Referenten geäußerte Ansicht, daß Betriebskrankenkassen nur errichtet werden können, wenn sie mindestens 8000 Mitglieder haben. Graf-Frankfurt ist der Meinung, daß nach dem Kriege die Beiträge, selbst wenn sie auf 6 Proz. erhöht würden, nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen. Die Folgen des Krieges, Krankheit, Elend usw. werden nicht die einzigen Ursachen des Rückgangs der Finanzen der Kassen sein; vielmehr werden eine große Zahl anderer Fragen der Lösung harren und die Kassen in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen. So die Forderungen der

Ärzte, Erhöhung des Krankengeldes entsprechend der Entwertung des Geldes, der Krankenhauskosten und der Gehälter der Beamten. Da die Mittel also beschafft werden müssen, seien Änderungen in Betracht der Krankenversicherung notwendig. Die Betriebskrankenkassen müßten deshalb beseitigt werden. Die enormen Ueberschüsse der Fabrikanten, das Ansammeln großer Vermögen durch Zucker usw. geben keine Berechtigung zur Gewährung von Extravaganzen nach dieser Richtung. Es müsse der Kreis der Versicherten erweitert werden und wartet er vor Ballastmittel.

Nach weiterer Diskussion wird ein Antrag angenommen, der die Beseitigung der Betriebskrankenkassen fordert. Geschäftsführer Lehmann behandelt dann in einem längeren Referat

die Arztfrage.

Die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Ärzteverbandes seien mit den Grundlinien der Krankenversicherung unvereinbar, daher konnte das Berliner Abkommen den Frieden in der Arztfrage nicht bringen. Da die Krankenpflege allgemein nur als Sachleistung zu gewähren ist, sind die Krankenkassen rechtlich gebunden; die Ärzte dagegen können ihr durch die Krankenversicherung eingeführtes Behandlungsmonopol wirtschaftlich frei verwerten. Diese Rechtsungleichheit muß beseitigt werden. Die Gesetzgebung muß den ärztlichen Beruf der Sozialversicherung baldigst eingliedern, wenn deren durch den Krieg erweiterte Aufgaben gelöst werden sollen. Dabei sind die Grundlinien des Berliner Abkommens, die sich bewährt haben, zu übernehmen; das Schiedsverfahren ist jedoch durch Verhandlungsbewegung und durch Schaffung einer Revisionsinstanz auszubauen. Jeder Zwang, mehr als die im Berliner Abkommen bestimmte Zahl von Ärzten anzustellen, ist auszuschließen. Dieser ausreichenden Zahl von Ärzten sind angemessene Bedingungen zu bieten. Sind nicht genügend Ärzte zu angemessenen Bedingungen zur Rassenfähigkeit bereit, so sollen Verleistungen an die Stelle der Krankenpflege treten. Krankenkasse und Arzt dürfen durch Kollektivverträge und Uebervachungsausschüsse nicht getrennt werden. Die ärztlichen Standesordnungen sind zu wirtschaftlichen Zielen nicht mehr zu benutzen. Ablaufende Verträge sollen erst nach Friedensschluß erneuert werden. Es ist zu beachten, daß die Wirtschaftslage noch mehr als bisher zwingt, alle Kräfte aufzufassen und haushälterisch zu benutzen. Daher gilt für Arztverträge als grundlegend: „Die Zahl der Ärzte ist auf das im Berliner Abkommen bezeichnete Maß zu beschränken. Für die Höhe der ärztlichen Vergütung ist das kassenärztliche Gesamteinkommen und die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen zu berücksichtigen. Die Familienhilfe ist keineswegs höher als die Mitgliederbehandlung zu vergüten; andernfalls kann ein Verzicht auf ärztliche Hilfe gewährt werden. Bei Berechnung der ärztlichen Vergütung und Regelung des ärztlichen Dienstes sind die Krankenkassen durch Vertreter zu beteiligen. Verträge sollten von den Krankenkassen erst nach Begutachtung durch ihre zuständige Rassenvereinigung geschlossen werden.“

In der Diskussion bringt Kohn-Berlin aus der ärztlichen Fachpresse Äußerungen zur Vorlesung, in denen die Ärzte von der „verschwendlichen Ausgestaltung des Krankengeldes“ reden.

Verbandsvorsitzender Frähdorf-Dresden warnt davor, leichtfertige Verträge abzuschließen. Ohne Zustimmung des Hauptverbandes sollte kein Vertrag mit den Ärzten abgeschlossen werden. Wenn die Ärzte nicht ablassen, so behaupten, daß sie von den Kassen so schlecht bezahlt würden, so seien die Kassen gezwungen, eine Konzentration vorzunehmen und nur die Ärzte anzunehmen, die sie brauchen können.

Eine Entschließung, die die Ausführungen des Referenten zusammenfassend wiedergibt, wird angenommen.

Ueber die Arzneiverforgung der Krankenkassen

spricht Rassenvorsitzender Draß-Kemscheid. Seine Ausführungen gipfeln in folgendem:

Die Preissteigerungen auf dem Arzneimittelmarkt belassen die Krankenkassen in ähnelnder Weise. Die Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dieser Entwicklung ist lebhaft zu bedauern. Um so mehr müssen die Kassen sich durch Selbsthilfe schützen. Leider finden sie hierbei meist nicht die Unterstützung möglicher Verbände. Die Kassen können beanspruchen, daß sie von diesen vor Aufstellung der Arzneipreise und Handverkaufslisten und deren Preise gehört und ihre Wünsche beachtet werden. Der überwiegende Einfluß der Apotheker auf die Verwaltungsbehörden ist zurückzuführen.

Als Mittel der Selbsthilfe kommen in Betracht: Selbstabgabe von freigegebenen Arznei- und Heilmitteln, Zulassung der Drogerien, Vereinbarungen mit den Apothekern. Zulassung fabrikmäßiger Zubereitungen der Rezeptur und des Handverkaufs, die von den Ärzten häufig verordnet werden. Nachprüfung der Verordnungsweise der Ärzte und der Berechnungen der Apotheker. Vereinbarung einer Anleitung zu wirtschaftlicher Verordnungsweise mit den Ärzteorganisationen. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern kann bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen des Apothekerberufs nicht befriedigend gestaltet werden. Daher ist die schnelle Umgestaltung des Apothekenwesens durch Ueberführung der Apotheken in gemeinwirtschaftliche Gemeindebetriebe zu fordern. Die vorgelegten Vorschläge, die sich mit den Ausführungen des Referenten decken, finden Annahme.

Darüber wird Mitteilung über die beabsichtigte

Gründung einer Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen gemacht und ein Antrag angenommen, der den Vorstand des Hauptverbandes beauftragt, gemeinsam mit den übrigen beteiligten Krankenkassenverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Ruhegehaltsversicherung so fortzusetzen, daß noch im Laufe des Jahres 1917 die Errichtung einer solchen Versicherung vor sich gehen kann.

Ueber die Aenderung der Verbandssatzung

spricht Verbandsvorsitzender Frähdorf-Dresden. Der Vorstand müsse erweitert werden. Eine Beitragserhöhung sei notwendig. Ein Beitrag solle geschaffen werden, der Kosten verursache.

Den Geschäftsbericht erstattet Geschäftsführer Lehmann. Die Neuwahl des Vorstandes hat folgendes Resultat: Frähdorf, Dresden, Vorsitzender; Rechtsanwalt Bembdorf, Dresden, stellv. Vorsitzender; Justizrat Dr. Mayer, Krankenthal; Kommerzienrat Simon, Berlin; Professor Siebert, Düsseldorf; Rassenvorsitzender Graf, Frankfurt a. M.; Direktor Kohn, Berlin; Rassenvorsitzender Leichenring, Straßburg; Rassenvorsitzender Rhein, Bremen; Stadtverordneter Scholich, Dresden; Stadtverordneter Hof, Karlsruhe, als Beisitzer.

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung soll in Kassel stattfinden. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Frähdorf wurde die Mitgliederversammlung geschlossen.

Der dritte Verhandlungstag, zu dem vornehmlich die Vorsitzenden und geschäftsleitenden Angehörigen eingeladen sind, soll sich mit Verwaltungs- und Rechtsfragen im internen Kreise befassen.

Frauen-Leseabende.

Schöneberg. Frauenleseabend heute Donnerstag, 8 1/2 Uhr, bei Döhl, Martin-Luther-Str. 99. Stadtverordneter Genosse Wobbe spricht über die Kohlen- und Gasversorgung im kommenden Winter.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitag mittag. Ueberall ziemlich warm, im Süden vielfach heiter, im Norden besonders an der Küste vorwiegend mäßig mit leichten Regenschauern, streichweise Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Erich Rintner, Berlin; für den Abteilgen Teil des Blattes: Alfred Schöf, Reußlun; für Inserate: Dr. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Schulanfang

erfordert warme Kleidung für unsere Lieblinge, besonders angesichts der Zustände, wie sie der Kohlenmangel im kommenden Winter mit sich bringen dürfte.

Und wie Ihre eigene Kleidung, können Sie auch Ihre Einkäufe für Ihre Kleinen besonders vorteilhaft bei uns besorgen, die wir mit guten und preiswerten Kindermänteln (teilweise noch vorjährige Ware) besonders reichlich versehen sind.



Kindermantel
aus hübsch kariert. Ware mit Samttragen u. niedlichem Orn. Bequeme Steckschn. Für das Alter von 5-6 Jahren 12.75 andere Größen entsprechend.

Mantelkleid
aus molliger, einfarbiger Ware mit hochschulbarem Kragen, reichvollem, neuartigen Gürtelschnitt und weit gleichem Fall 27.75

Wintermantel
aus einfarbiger, gerauh. Ware. Sehr nett verarbeitet mit Samttragen und molligen Taschen. Für das Alter 5-6 Jahren 19.50 and. Größ. entsprechend.

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Sonntags geschlossen!

Chausseestr. 113
Beim Osttiner Bahnhof

Groß-Berlin

Zur Einschränkung des Verbrauchs von Gas und Elektrizität für Groß-Berlin.

Nach der Verordnung des Reichskommissars vom 31. August 1917 ist die Entscheidung über Bewilligung von Ausnahmen von der angeordneten Einschränkung dem Kohlenverband Groß-Berlin übertragen worden.

Die Prüfung und Bearbeitung aller derartigen Anträge ist den Gemeindeverwaltungen übertragen. Jedoch gleichmäßiger Durchführung der Bestimmungen haben die Gemeinden sich bei ihren Entscheidungen im Rahmen einer solchen veröffentlichten Anweisung zu halten.

Wie entnehmen dieser folgenden: Die Entscheidung über Anträge auf größeren Gasverbrauch von kriegswichtigen Betrieben steht allein der Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken, Berlin W. 9, Linienstraße 25, Fuggerhaus, zu.

Ärzten, Zahnärzten, Dentisten (diese nur, soweit sie zur kassenärztlichen Praxis zugelassen sind) und Apothekern kann die Entnahme von 100 Proz. ihres vorjährigen Gasverbrauchs gestattet werden. Darüber hinaus stehen sie den anderen Gasabnehmern gleich.

Bei Entbindung und schwerer Krankheit entfällt die Verpflichtung zur Einschränkung, sofern das Vorliegen der Voraussetzung durch ein von der Gemeinde nachprüfendes ärztliches Attest nachgewiesen wird.

Für häusliche Berufsarbeit auch von ehrenamtlich tätigen oder beamteten Personen dürfen keine Ausnahmen bewilligt werden außer in den oben vorgesehenen Fällen.

Öffentliche Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege können von der Einschränkung ausgenommen werden. Im Falle der Vermehrung des Personalsendes gegen das Jahr 1918 kann für jede Person die Entnahme von monatlich höchstens 15 Kubikmeter Gas über die auf 90 Proz. des Vorjahres beschränkte Verbrauchsmenge zugelassen werden.

Im Falle der behördlichen Einschränkung der Warmwasserbereitung in Häusern, die mit Zentralheizung und Warmwasserbereitung versehen sind oder denen eine Einrichtung zum Kochen mit Kohlen fehlt, kann für je einen Haushalt die Entnahme von monatlich höchstens 15 Kubikmeter Gas über die auf 90 Proz. des Vorjahres beschränkte Verbrauchsmenge zugelassen werden.

Die Auswechslung kleinerer Gasmesser gegen größere aus technischen Gründen ist zulässig. Ueber die Zulässigkeit der Reaustellung von Gasöfen bei Privaten und in öffentlichen Geschäftsräumen entscheidet allein die Kohlenstelle Groß-Berlin.

Keine Umrückrechnung der Nährmittel bei der Massenpeisung.

Der Arbeitsausschuss der Groß-Berliner Gemeinden hat in seiner Sitzung vom 17. d. M. nach eingehender Prüfung der Frage durch einen Unterausschuss beschlossen, entgegen der ursprünglich gezeigten Absicht Nährmittel, die auf die Lebensmittelkarten der einzelnen Gemeinden verteilt werden, bei der Massenpeisung nicht anzurechnen.

Die Verteilung des öffentlich bewirtschafteten Gemüses.

Die öffentliche Bewirtschaftung bestimmter Arten von Herbst- und Wintergemüse wird auf Grund der Verordnung über die zwangsweise Erfassung von Gemüse in einigen Landes-, Provinzial- und Bezirksgemüsestellen erfolgen. Die Verteilung des so sichergestellten Gemüses auf den Frischverbrauch der Bevölkerung und die verarbeitende Industrie liegt der Reichsstelle für Gemüse und Obst ob.

Der Reichsstelle für Gemüse und Obst muß unbedingt die Ware zur Verfügung gestellt werden, die sie verlangt. Die Reichsstelle beabsichtigt dabei, nur den allerdingendsten Bedarf des Frischverbrauchs zu befriedigen. Ueberanforderungen der Bedarfstellen soll entgegengetreten werden.

Es wäre wünschenswert, auch der Fabrikation des getrockneten Gemüses eine größere Sorgfalt zu widmen. Die Fabriken müssen für minderwertige Ware verantwortlich gemacht werden, damit die Bevölkerung nicht wieder wie im vorigen Winter Dörrgemüse bekommen, das sich ebenbürtig dem verachteten Kriegsmus an die Seite stellen konnte.

Berichtigung der Rindfleischpreise. Der Säulenanschlag vom 16. September, betreffend Bekannmachung über Kleinhandelspreise für frisches Rindfleisch, enthält insofern einen Druckfehler, als der

Preis für: „andere Teile mit Knochen (eingewachsene Knochen und Knochenbelle) dürfen nicht mehr als ein Fünftel des Gesamtgewichts ausmachen“ mit 2,20 M. statt, wie es richtig heißen müßte, mit 2,10 M. angegeben ist.

Neue Gemüse- und Obstpreise.

Die für Gemüse und Obst bei der Staatlichen Verteilungsstelle und der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gebildeten Preiskommissionen haben für das Gebiet der Staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin mit Genehmigung des auf Anordnung der Reichsstelle folgende Erzeuger-, Großhändler- und Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt:

Table with columns: Höchstpreise für: Erzeuger, Großhändler, Kleinhändler. Rows include: Erbsen (Schoten), Bohnen (Stangen- u. Brechbohnen), Wachs- und Perlbohnen, Rote Möhren und lange Karotten ohne Kraut, Gelbe Speisemöhren, Weiße Möhren, Karotten, runde kleine, Herbstkohlrabi ohne Laub, Junge Kohlrabi mit Laub, Spinat, Zwiebeln, Lofe (Satzzwiebeln bis zum Gewicht von 3 gr je Stk. fallen nicht unter diese Höchstpreise), Weißkohl, Rotkohl, Birfinkohl, Grünkohl (die Strahlen dürfen nicht länger als 10 cm sein), Einleagegutten (prima handelsübliche Ware, von denen 60 St. etwa 16 Pfd. wiegen) Stück, do. Pfund, Krüppelgurken, Pfund, Kürbis im ganzen, do. im Ausschnitt, Rote Rüben, Tomaten aller Art (der Höchstpreis gilt auch für unter Glas gezogene Tomaten), Mörrüben und ähnliche Rüben (Stoppel-, Wasserrüben), Kohlrüben (Stodrüben), Sellerie mit Kraut, Meerrettich, a) wenn 100 Stangen mindestens 60 Pfd. wiegen, b) wenn 100 Stangen mindestens 40 Pfd. wiegen, c) leichtere Ware, Schwarzwurzeln, Abbarber, Kefel Gruppe I, do. Gruppe II, do. Gruppe III, do. Gruppe IV, Birnen Gruppe I, do. Gruppe II, do. Gruppe III, Pflaumen: I. Edelpflaumen, II. Zwischen, Hauspflaumen, Hauszwetschen, Ruschpflaum, Bauerpflaumen, Thüringer Pflaumen, mit Ausnahme der Brennzwetschen, III. Brennzwetschen, Walnüsse ohne grüne Schale, Mörrüben und Mörrüben mit Kraut sowie nicht zu Köpfen geschlossener Kohl sollen nicht mehr gehandelt werden. Sämtliche Preise verstehen sich je Pfund, soweit nicht vorstehend eine Berechnung nach Stück besonders angegeben ist. Die Groß- und Kleinhandelshöchstpreise haben Gültigkeit für inländische Ware, auch wenn sie aus anderen inländischen Erzeugergebieten herrührt. Uebersteigerungen der festgesetzten Höchstpreise werden auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekannmachung vom 23. März 1916 / 22. März 1917 mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Die Großhändler setzen sich außerdem der Gefahr der sofortigen Konfiskationsentziehung, die Kleinhändler der Entziehung ihrer Kaufberechtigung aus. Die obigen Preise treten mit dem 23. September d. J. in Kraft und gelten bis auf weiteres.

Geht Windeln!

Vom Bund für Mutterschutz wird uns geschrieben: Immer schwieriger wird es heute für eine junge werdende Mutter, sich die Ausstattung zu beschaffen, die sie für das erwartete Kleine braucht. Die vorhandenen Mittel sind in Anbetracht der kostspieligen Lebensverhältnisse meist sehr knapp und selbst wo sie in größerem Umfang da sind, ist es oft ein Ding der Unmöglichkeit, für sie die gemühten Ware zu bekommen, denn unsere Wäschegeschäfte haben ihre Vorräte an Kinderwäsche, Windeln usw. zum großen Teil längst ausverkauft.

Wir richten deshalb die bringende und herzliche Bitte an alle Hausfrauen, einmal ihre Wäschekränke daraufhin durchzusehen, ob sie nicht noch Vorräte an Kinderwäsche aus alten Tagen oder ionstige entbehrliche Wäschestücke haben, die zu Hemden, Jacken, Unterlagen und Windeln verarbeitet werden könnten. In unserer Nähstube wird jedes Stück brauchbar hergerichtet. Freundliche Gaben bitten wir zu senden an das Heim des Bundes für Mutterschutz, Uhländstr. 143 in Wilmersdorf. Auch holen wir gern auf schriftliche oder telephonische (Pßbzg. 2358) Benachrichtigung die Sachen aus der Wohnung ab.

Zum Oktoberzug. Wohnungsumzüge sind nie ein angenehmes, in der gegenwärtigen Zeit ein besonders schwieriges Unternehmen. Es muß von langer Hand vorbereitet werden, wenn alles einigermaßen klappen soll. Dazu gehört aber auch, daß der Umzügler in seiner neuen Wohnung seine Zeitung vorfindet. Wir bitten unsere Leser, unsere Expedition rechtzeitig zu benachrichtigen, damit in dem Bezug der Zeitung keine Störung eintritt.

Für durchgehende Arbeitszeit und den 5-Uhr-Geschäftsschluß spricht sich das Kriegsamt in einer Veröffentlichung aus. Es heißt darin: Zahlreiche Einzelvorstände zur Kohlenersparnis sind von amtlichen Stellen und der Tagespresse gemacht worden. Als ein wichtiges Mittel ist die möglichst weitgehende Anwendung der durchgehenden Arbeitszeit zu bezeichnen. Unterbrechung der Arbeitszeit bedeutet Vermehrung der täglichen Heiz- und Lichtstunden. Besteht hierfür keine zwingende Notwendigkeit, so werden Kohlen vergeudet. Jeder Betriebsleiter, jeder Kaufmann, Industrielle

und Gewerbetreibende möge sich daher die Frage vorlegen, ob nicht auch für seinen Betrieb oder einzelne Teile die durchgehende Arbeitszeit ohne besondere Nachteile zu ermöglichen ist. Die Verkaufsgeschäfte mit Ausnahme der Lebensmitteläden können zweckmäßig an vier Tagen der Woche mit Eintritt der Dunkelheit, d. h. gegen 5 Uhr, geschlossen werden; zwei Tage genügen für alle, die nur des Abends Zeit zu Einkäufen haben. Dem Bedenken, daß an diesen zwei Tagen Verkehrsanhäufungen eintreten werden, wäre durch entsprechende Verteilung der einzelnen Wochentage auf die verschiedenen Geschäfte zu begegnen.

Neuer Samariter-Kursus. Von der Leitung der Kolonne Berlin des Arbeiter-Samariter-Bundes erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Am 24. September beginnt ein neuer Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen, sowie in der häuslichen Krankenpflege. An die Groß-Berliner Arbeiter und vor allem auch an die Arbeiterinnen richten wir die Bitte, sich in möglichst großer Zahl daran zu beteiligen. Für die Leistungsfähigkeit der Kolonne spricht die Tatsache, daß alle Prüflinge der letzten Kurse ihre ärztliche Prüfung bestanden haben. Die männlichen Teilnehmer sind fast ohne Ausnahme nach ihrer Einziehung zum Militär als Krankenträger und Sanitätsfoldaten eingestuft worden. Im täglichen Leben ist die Kenntnis der ersten Hilfeleistung eine Notwendigkeit. Jeder, besonders aber der werktätige Mensch kann von einem Unfall bedroht werden. Vielfach und namentlich in der Kriegszeit ist es unmöglich, sofort einen Arzt herbeizurufen. Da kann ein ausgebildeter Samariter viel für den Verunglückten oder Erkrankten tun. Wer sich über die Möglichkeit eines Samariters unterrichten will, der besuche den Anfangsabend des neuen Kursus, der am 24. September, abends 8 1/2 Uhr, Cäcilienstr. Nr. 62, stattfindet. Beteiligen können sich alle über 17 Jahre alten Personen, Damen wie Herren. Die Lehrpläne werden am ersten Abend ausgegeben, auch sind sie beim Vorfinden zu haben. Jede Person hat einmaligen freien Zutritt. Näheres enthält das heutige Informat.

Jugendweih. Heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, findet im Lehrervereinshaus eine Vorbesprechung der angemeldeten Kinder statt. Die Einladungskarten zur Feier müssen vorher besorgt werden und sind bei allen „Vorwärts“-Expeditionen sowie im Sekretariat der Bezirksorganisation, Lindenstr. 3, 2. Hof I. III Et., erhältlich. Andere Verkaufsstellen kommen nicht in Betracht. Ebenso wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Jugendweih am kommenden Sonntag, pünktlich 11 Uhr vormittags, und zwar im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, stattfindet. Auch Gäste und Freunde der Jugend haben zu dieser Feier Zutritt.

Eine Stunde in Todesangst. Eine gefährliche Einbrecherbande hat die Neuköllner Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie bestand aus den 33, 29, 32 und 27 Jahre alten Arbeitern Richard J a n e d e, Karl W e i d e m a n n vom Kottbuserdamm 4, Theodor J u g e n d aus der Oranienstraße 190, und Karl B e h r e n d aus der Wüggelstraße zu Lichtenberg. Alle vier sind wegen Diebstahls und Einbruchs schon wiederholt mit Zuchthaus bestraft. Zu ihnen gehörten drei Weiber, die ihnen Schürter- und Helfershelfer leisteten. J u g e n d, der früher in der Fannierstraße zu Neukölln wohnte, stand schon länger im Verdacht des Geldschrankeinbruchs. Erst jetzt konnte er mit seinen Helfershelfern gefaßt werden. Die vier Verbrecher drangen in der Nacht zum Dienstag in die Räume der Landesproduktions-Großhandlung von E. Reinecke in der Urbanstraße 100 ein. Als sie dabei waren, einen großen Geldschrank aufzubrechen, übertrug sie der Wächter des Grundstücks. Bevor er sie noch zur Rede stellen konnte, stürzten sich alle vier auf ihn und geboten ihm dann, sich auf einen Stuhl zu setzen. Einer der Einbrecher stellte sich nun mit einem scharf geladenen Revolver vor den Wächter hin und drohte ihm, ihn sofort niederzuschießen, wenn er auch nur Miene mache, um Hilfe zu rufen oder sonst Lärm zu machen. Während so der Wächter in Todesangst dahar, und sich nicht rühren durfte, „arbeiteten“ die anderen drei Einbrecher ruhig an dem Geldschrank eine ganze Stunde lang weiter, bis sie ihn betätigt hatten. Sie erlebten dann eine arge Enttäuschung. Während sie in dem Schrank große Summen vermutet hatten, fanden sie nur 180 Mark. Mit diesen in der Tasche entfernten sich zunächst die drei Mann, die das Spind erbrochen hatten. Der vierte blieb mit dorgehaltenem Revolver noch eine Weile vor dem Wächter stehen und drohte ihm erneut mit Erschießen, wenn er ihm etwa folgen sollte. So mußte der Wächter wohl oder übel alle vier laufen lassen. Die Neuköllner Kriminalpolizei vermutete nun, daß Jugend bei dem Einbruch wieder seine Hand im Spiele gehabt habe. Sie überraschten ihn gestern in seiner Wohnung und fanden bei ihm auch Behrendt. Bei der Durchsuchung der Behausung entdeckten die Beamten mehrere Geldrollen mit der Firma Reinecke und Briefschaften aus diesem Geschäft. Der Zusammenhang war jetzt klar. Die beiden wurden festgenommen, und die Neuköllner Kriminalpolizei ermittelte und verhaftete dann auch noch Janede und Weidemann. Nach weiteren Ermittlungen hat die verhaftete Bande in der letzten Zeit auch Einbrüche in die Tuchfabrik von Wauch am Grünen Weg 18, und in ein Damenhutgeschäft am Kottbuserdamm verübt. Die vier Einbrecher und ihre drei weiblichen Helfershelfer wurden gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Eingemeindungsverhandlungen zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde nehmen, wie uns von Lichtenberger zuständiger Seite mitgeteilt wird, einen günstigen Fortgang und dürften, wenn nicht unerwartete Hindernisse eintreten, schon in nächster Zeit zum Abschluß kommen.

Schöneberg. Opfertag zur Kleinkinderfürsorge. Der Magistrat teilt mit: Zur Gewinnung der notwendigen Geldmittel für die Kleinkinderfürsorge findet in Schöneberg am 20. September ein Opfertag statt, der der Bevölkerung Gelegenheit geben soll, durch Spenden zu einem großen Erfolg der Sammlung, die den Namen „Deutsches Landesspende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“ trägt, beizutragen. Es werden etwa 600 Schulkinder in den Straßen der Stadt Geldsammlungen vornehmen.

Wilmersdorf. Kohlen-Sonderarten für Haushaltungen. Diejenigen Haushaltungsbesitzer in Häusern mit Zentralheizung, die eine Kohlen-Sonderart für Koch- und Kochzwecke zu erhalten wünschen, haben dies schriftlich bei der städtischen Kohlenverteilung, Brandenburgische Str. 5, zu beantragen. In dem Antrage ist das Bedürfnis kurz zu begründen und glaubhaft zu machen. Eines besonderen Vordrucks bedarf es dazu nicht.

Die Verkaufsstelle (Ausgabe) für Bezugsscheine ist jetzt nur noch von 9-2 Uhr geöffnet.

Ausfall des Obstmarktes. Der erste der von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg in Aussicht genommenen marktlichen Obstmärkte, der gestern vormittag in der Turnhalle der Oberrealschule am Seepark 39 eröffnet werden sollte, konnte leider nicht stattfinden, weil von den Obstzüchtern nur sehr wenige Anmeldungen vorlagen. Zahlreiche Käufer mußten unerwarteter Dinge wieder umkehren.

Heischverlauf und Kohlenersparnis. Der Magistrat hat angeordnet, daß vom 1. Oktober ab mit Rücksicht auf die Einschränkung des Kohlen- und Gasverbrauchs bis auf weiteres der Fleischverkauf nur von Dienstag bis Sonnabend von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags stattfindet. An jedem Freitagnachmittag von 4 bis 7 Uhr sind alle Kunden, die am vorhergehenden Dienstag und Mittwoch zu kaufen verhindert waren, an jedem Sonnabend nachmittag von 4 bis 7 Uhr diejenigen Kunden, die am Vormittag dieses Tages und an dem vorhergehenden Donnerstag und Freitag zu kaufen verhindert waren, zum Fleischverkauf berechtigt.

Lichtenberg, Lebensmittel. Auf Abschnitt 30 der Eierkarte wird bis zum 30. September ein Ei verabsichtigt. Die Ausgabe für Lebensmittelkarten ist nur noch geöffnet an Wochentagen von 8 bis 3 Uhr.

Friedrichshagen, Eierverkauf. Heute gelangt auf Abschnitt 1 der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 30 Pf. zur Verteilung.

Industrie und Handel.

Kohle und Eisen! Der „Phönix“-Abschluß

Der Abschluß der „Phönix“, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, für das Jahr 1916/17 ergibt einen Betriebsgewinn von 76 499 643 M. gegen 57 842 557 M. im Vorjahr. Nach Abzug der Handlungskosten ergibt sich ein Nettogewinn von 59 952 288 M. (46 780 650). Nach Abzug von 1 008 995 (1 185 787) für Beteiligung noch nicht abgeschriebener Werksanlagen, 12 442 180 M. (12 755 667) ordentlicher Abschreibungen und 3 210 000 M. besonderer Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 43 291 092 M. gegen 32 848 195 M. im Vorjahre. Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre stehen 52 489 157 M. (42 062 521) zur Verfügung. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, hieraus eine 20prozentige Dividende (20 Proz. i. V. und 12 Proz. in 1914/15 zu verteilen.

Der „Phönix“-Abschluß wirkt deshalb so sensationell, weil andere große Unternehmen ängstlich bemüht waren, ihre Gewinne in den Abschläffen überhaupt nicht in Erscheinung treten zu lassen, wie erinnern nur an die Gewinnziffern des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation. Von diesem Verfahren weicht die Verwaltung des „Phönix“ ab, mit welcher Konstatierung aber nicht der Glaube geweckt werden darf, daß sie keine stillen Reserven aufgespeichert hätte. Das hat sie ganz gewiß nebenher getan.

Daß die Dividende nicht erhöht wurde, ist privatwirtschaftlich richtig, verschwindet aber an Bedeutung neben der immensen Gewinnsteigerung. Es ist schwer ersichtlich, wie angesichts dieser aufreizenden Geschäftsergebnisse höhere Kohlenpreise gefordert werden können, und zwar vorzüglich zu dem Zweck, über eine Kohlenpreiserhöhung zu einer sonst gar nicht zu motivierenden Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise zu gelangen.

Die Verfechter höherer Kohlenpreise — die Herrschaften haben es eilig und wollen sie in kurzer Zeit beschließen — werden zwar einwenden, daß „Phönix“ ein gemischtes Werk ist, zu dessen Spezialitäten die jetzt so lohnende Drahtzieherei gehört, und daß daher aus seinen Erträgen ein Zuschuß auf die Berechtigung höherer Kohlenpreise nicht angebracht ist. Aber alle Welt weiß, daß die Kohlenherren bei der Räumung der Lager, dem Auslandsgeschäft und der Verlokung eine dicke Stange Gold verdienen, so daß selbst die alles andere als kapitalfeindliche „Nöln. Volkszeitung“ vor der blinden Gier noch immer höheren Gewinnen warnt:

„Zuschlaggebende Verunfärbungen für abermaliges Verteilern der Brennstoffe, deren Preise schon durch die 20prozentige Reichslohlensteuer eine ungeahnte Höhe erreicht haben, liegen zurzeit wahrhaftig nicht vor. Die jetzt geltenden Preise lassen ja den Bescheidnehmern — wie Monats- und Halbjahresabschlüsse großer Zechenunternehmungen aus dem laufenden Jahre ersichtlich machen — ganz erheblichen Nutzen.

Die Nied- und Sondervergütungen, mit denen das Rheinisch-Westfälische Kohlenindustriat seit geraumer Zeit nicht geizt, sowie das Freisein von „Umlage“ erhöhen überdies die geldlichen Erträge der Zechen beträchtlich; handelt es sich doch hierbei um Beträge, die mehrere Millionen erreichen. In den geldlichen Abrechnungen mancher Kohlenbergwerke wird man freilich nach diesen Posten vergeblich suchen; sie „verschwinden“ einfach. Die Zechenbesitzer wollen eben nicht, daß man ihnen die Höhe des Gewinnes nachrechnen kann. Unseres Erachtens läßt sich das Kohlengetriebe den anderen Gewerben gegenüber zu sehr von einem Grundsatze der Jugend leiten: „Wer mich prügelt, dem zahle ich es mehrfach heim, sofern mein Arm stark genug ist.“ Dadurch werden aber die gesamten großgewerblichen Unternehmungen in ein Fahrwasser getrieben, das sehr gefährlich wird. Im Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustriat sollte man sich doch endlich vorhalten, daß Steigerung der Brennstoffpreise sofort wieder weitere Erhöhung von Eisenpreisen zur Folge haben wird; so kommt man aus dem Aufwärtstreiben, zum Schaden ruhiger und gesunder Entwicklung des Marktes nicht heraus.“

Die Kohlenherren, die manchmal über die schlechten Zeiten jammern, haben in der Regel eine Duplizierung der Reichs- und Staatsbehörden vor, manchmal aber auch eine ihrer eigenen Aktien. Vor wenigen Wochen ging unwiderprochen eine Notiz durch die Presse, daß die Harpener Bergbau-Gesellschaft wegen der unzureichenden Kohlenpreise die Dividende von 12 auf 11 Proz. herabsetzen müsse. Jetzt — nach langen Wochen — erfolgt ein Dementi. Die Kohlenpreise sind doch hoch genug, um eine Dividende von 12 Proz. zu liefern, und die Gutgläubigen, die dem unwiderprochenen Bericht von der Dividendenherabsetzung und der Fabel von den schlechten Kohlenpreisen Glauben schenken, haben nur den Augen Wissenden blühige Aktien geliefert. Aber so wird gearbeitet!

Die Hoffnung auf Steuerdefraudation.

In einer kritischen Besprechung der jüngsten Gaußtreibereien am Effektenmarkt schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Bedenklicher wird es schon, wenn die unentwegten Optimisten davon überzeugt sind, daß diese Art des Gewinnversteckens dem Steuerfiskus verdingen bleiben wird, namentlich aber wenn sie den Hinweis auf den ungeheuren Geldbedarf des Reiches glauben abtun zu können mit der Prophezeiung, daß jene kommende Milliardenlast doch wohl auf andere Schultern gelegt werden könne, daß gerade die großen Kapitalassoziationen Mittel und Wege finden werden, um möglichst glimpflich bei der Sache wegzukommen. Wer so denkt, der kann keine große Meinung von der Richtigkeit der Behörde, von der Fähigkeit des Parlaments und vor allem vom Verstand des deutschen Volkes haben, denn eine Bürokratie, die auf diesem Gebiete sich hinter Licht führen ließe,

verdiente ebenso heimgeschickelt zu werden, wie ein Parlament, das nicht in rücksichtsloser Weise die Kriegsschäden vorweg von jenen bezahlen ließe, die die ausgegebenen Milliarden eingekassiert haben. Ein Volk aber, welches lieber die notwendigen Steuern aus seiner ohnehin entleerten Tasche zahlen würde, als auf gerechte Steuererlässe zu dringen, könne unmöglich mehr ernst genommen werden. Wir haben eine zu hohe Meinung vom deutschen Volk, seinen gewählten Vertretern und seinen Beamten, als daß wir in dieser Beziehung der Ansicht jener Gaußiers zustimmen könnten. Freilich ist es dann auch nötig, daß sobald wie möglich mit der reinen Produktion ein politischer gebrochen wird, die heute bei uns Trumpf ist. Der Produzent wird geschäftlich und getätigt, seine „Produktionsfreudigkeit“ muß erhalten bleiben, namentlich auch durch Gewährung hoher, manchmal unfaustlicher Preise. Da gibt es keinen Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Zechen muß der Konsument zahlen.“

Berichtszeitung.

Die Weissenfer Bank vor Gericht. Bei der gestrigen Verhandlung der Angeklagten Henkel und Ulrich brachten die Verteidiger des letzteren manches Interessante zu Tage. Der Angeklagte, der ursprünglich Maurer gewesen war, gehörte zu den Begründern der Bank im Jahre 1880. Die Geschäfte, die von ihm und noch zwei anderen Handwerkern als Vorstandsmitglieder solide in kleinerem Umfange geführt wurden, änderten sich nach dem Eintritt von Fried und Kiesel in den Vorstand. Sie wurden immer größer, betrafen in der Hauptsache solche mit Bauunternehmern und einzelnen Kunden, denen kolossale Kredite eingeräumt wurden, wodurch die Bank schließlich hängen blieb. Die der Vorsitzende hierbei betont, ist festgestellt worden, daß allein ein Kundenkredit über 100 000 Mark eingeräumt werden, während das ganze Vermögen der Genossenschaft sich nur auf 7—800 000 M. bezifferte. Die Bank kam in das Fahrwasser durch ein Geschäft mit einem gewissen Camenz. Nach seiner Angabe wehrte sich Ulrich dagegen, es wurde ihm aber immer erwidert, daß die Bank durch Revisionen und andere Unterlagen gedeckt sei und keine Gefahr liefe. Er selbst hat sein ganzes Vermögen bei der Bank verloren. Der Status der Bank habe er für durchaus gut gehalten und im April noch 30 000 M. bei ihr eingezahlt. Nach den Tagen des Kassensturms hat auch er irgendwelche Maßnahmen, wie Konkursöffnung, nicht beantragt. Er hatte nach den ihm zuteil gewordenen Informationen, daß die Gemeinde Weissenfer eingreife, kein Bedenken und glaubte, die Bank sei „stark“ und der Betrieb würde weiter gehen.

Aus aller Welt.

Untergang eines spanischen Dampfers. Nach einer Meldung des Blattes „Debate“ ging infolge einer Explosion an Bord in der Nähe von Arcahon der spanische Dampfer Marques de Rubela unter. Derselbe war mit einer Erladung von Bilbao nach England unterwegs.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Dantons Tod.**
Freitag: Faust I.

Kammerspiele.
8 Uhr: **Das Konzert.**
Freitag: Fasching.

Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Sobönn. Tor.
7 1/2 Uhr: **Lumpensindel.**
Freitag 7 1/2 Uhr: Othello.

Dir. C. Meinhart — R. Bernauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komtesse.**

NATIONAL-THEATER
7 1/2 Uhr: Der große Schläger 7 1/2
Das ist die Liebe...
Operettenstoffe in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
1. Bild: Baron Hilgenheim's
Weite. 2. Bild: Remb. Starisch.
3. Bild: Gerichtsaal I. Riefmal.

WINTERGARTEN
Der erfolgreiche
Eröffnungs-Spielplan
Dazu: 9 Uhr abends
Venezianische Nacht
Pantomime in 12 Bildern
von **Karl Vollmoeller**

Zirkus A. Schumann
Bahnhof Friedrichstraße.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Saison in Berlin.
Das neue
Zirkus-Sport-Programm.
Neu! U. a. Neu!
Fr. Nadchura!
8 Personen Reitertruppe 8
Zum Schluss: Schnitzelagd.

Apollo
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Fregolia, Paul Beckers
und das
große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Theater für Donnerstag, 20. Sept.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Carmen.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Blirger Schippel.**

Komische Oper
1 1/2 8 u.: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels
vom Lindenhof.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

URANIA
8 Uhr:
Dr. R. Pohle:
Die Einnahme von Riga.

Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
7 Uhr. Zum 1. Male: 7 Uhr.
Der Lebensschüler.
Schauspiel von Ludwig Fulda.
Kaiser-Tita, Ida Wüst,
v. Möllendorff, Kettner, Flink.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Johanniseuer.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches
Balllet auf dem Eis.
7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Dr. Ed. David Mar:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genoffe Eduard David in einer vor dem holländisch-kanadischen Friedenskomitee in Stockholm gehaltenen Rede beantwortet und vertritt in geradezu meisterhafter Weise den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse muß diese Broschüre gelesen haben!
Preis 1,— Mark.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3
(Laden), sowie sämtliche Zeitungsausgabestellen.

Busch
Täglich 7 1/2 Uhr.
Sonntags 8 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
**Das große
Schlager-Eröffnungs-
Programm.**
9 Uhr Original-
Pantomime 9 Uhr
„Die 3 Pierrots.“

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Weiberfeind.

Voigt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 55.
Täglich:
Die Himmelsleiter.
Komie mit Gesang in 4 Akten
von Hannsblätt.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2, 11.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag
nachmittag
3 Uhr
Vorstellung
z. ermäßigten
Preisen!
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
Nintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Casino-Theater
Rothinger Straße 37.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Witzlicher Humor! Gr. Erfolg!
Die Schlagerkomie
Heiraten müßt!
Vorher der neue lustige Teil.
Sonnt. 4 Uhr: Gusto, die Perle.

Wilhelm Hartstein
in dem Soldatenschwank:
Der Stolz der 3. Kompagnie
Fern: Senta Söneland
Maxstadt
und das übr. Programm.

**BÜCHER UND
ZEITSCHRIFTEN**
Jeder Art liefert die Buch-
handlung Vorwärts, Berlin
SW. 62, Lindenstr. 3. Be-
stellungen nimmt jede
Füllungsstation sowie die
Zeitungsausgabestellen an.



Mitbürger!

In unseren Kindern liegt Deutschlands Zukunft.
Tragt alle bei
an
Deutschlands Spende
für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Opfertag heute

Donnerstag, den 20. September 1917 in Berlin.

Der Ehrenvorsitzende: Wermuth,
Oberbürgermeister, Bf. d. G. d. K.

Der Vorstand:

Dr. Weber, Geh. Reg.-Rat, Stadt-Verb.-Rat, 1. Vorsitzender; Dr. Strakmann, Geh. Sen.-Rat, Ehrenbürger von Berlin, 1. stellv. Vorsitzender; Frau Gräfin v. d. Groeben, 1. Vorl. d. natürl. Frauenvereins, 2. stellv. Vorsitzende; Dr. Freund, Landbesitz, Vorl. der Landesversicherungsanstalt Berlin; Albert Gilla, Kommerzienrat; Prof. Dr. Götzel, Geheim. Oberreg.-Rat, Vortragender Rat im Kultusministerium; Frau Bürgermeister Geh.-Rat Dr. Reide; Sellenbach, Stadtrat; Ernst Spindler, Fabrikbesitzer; Weperstein, Syndikus der Handelskammer zu Berlin, Schriftführer; Lichtenstein, Fabrikant, 1. stellv. vertretender Schriftführer; Dr. Karl Dammberg, leitender Arzt der Säuglingsfürsorge; Heide, 2. stellv. vertretender Schriftführer; Ernst Kallauch, Sanfter, Stadtverordneter, Schatzmeister.

Spenden nimmt die Expedition unseres Blattes bis zum 15. Oktober 1917 entgegen. Zahlungen werden auch auf Postkonten Nr. 29079 „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz, Berlin W. 8, Postfachamt Berlin NW. 7“ entgegengenommen. Über das Ergebnis der Sammlung wird öffentlich quittiert.

Ladenschlußzeit in Berlin.

Es ist davon die Rede, daß zwecks Ersparnis von Heiz- und Beleuchtungsmaterial gewisse Verkehrseinschränkungen stattfinden sollen. Ein besserer Vorschlag wäre, dafür eine Verkürzung der Verkaufszeit in den Läden herbeizuführen. Die kaufmännischen Angestellten wünschen das; auch die Bäckerinnungen und die Kolonialwarenhändler fordern dasselbe.

Der Siebenuhrschluß ist auch für die Lebensmittelgeschäfte durchführbar. Die entsprechenden Verordnungen in anderen Orten beweisen das. Der Berliner Magistrat hat jetzt den Fleischern gestattet, daß sie an drei Wochentagen nachmittags überhaupt nicht zu öffnen brauchen. Wenn das möglich ist, dann wird es auch für die Konsumenten genügen, daß die anderen Lebensmittelgeschäfte, die jeden Nachmittag geöffnet sind, um sieben Uhr abends schließen.

Darum richten wir an das kaufende Publikum das Ersuchen, die Bestrebungen der kaufmännischen Angestellten auf Verkürzung ihrer Arbeitszeit zu unterstützen, und Einkäufe nach sieben Uhr in den Lebensmittelgeschäften zu unterlassen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

(Ortsverwaltung Berlin)

Berlin C 25, Münzstraße 20.

80/1

Wunder der Kriegschirurgie.

Die Entfernung von Stedgknochen aus dem Herzen, die Herznaht und andere außerordentlich schwierige Eingriffe, die in früheren Kriegen kein Heilbrut mochte, führt der heutige Kriegschirurgie unbedenklich, gewöhnlich erfolgreich aus, und Fälle, an denen früher selbst der Friedensarzt bezweifelt wäre, wie der Wiederaufbau von Gesichtern nach furchtbar entstellenden Kiefer- und Gesichtschüssen, bringt der heutige Kriegschirurgie zur glücklichen Heilung! In welcher ungeahnten Höhe die gesamte Kriegschirurgie in den drei Jahren des Weltkrieges aufgestiegen ist, hat unlängst einer unserer bedeutendsten Chirurgen, der Breslauer Professor Kätner, der als beratender Chirurg im Felde seine Kunst ausübt, in einem Vortrag dargestellt, den jetzt die „Deutsche Revue“ einem größeren Kreise zugänglich macht.

Der konservative Grundsatz des großen Kriegschirurgen v. Bergmann, der Operationen an der frischen Kriegsverletzung ganz vermeiden und der Wunde zunächst Ruhe lassen wollte, hat heute — abgesehen von Infanteriegeschwerverletzungen — seine Gültigkeit eingebüßt. Gerade die grundsätzliche Frühoperation der Bauchwunde gehört zu den größten Errungenschaften moderner Kriegschirurgie. Bei diesen Verletzungen beträgt die Sterblichkeit 80—90 Proz. bei abwartender Behandlung. Heute operiert man so zeitig wie möglich im Feldlazarett, und das erfreuliche Ergebnis ist, daß über die Hälfte der Bauchverletzten, die in die Feldlazarette gelangen, am Leben erhalten werden. Ähnlich geht es mit der Frühoperation von Schädelchüssen. Jetzt schreitet man rechtzeitig zur Trepanation (Schädelöffnung), ehe die Infektion von außen her die zertrümmerten Hirnmassen erreicht, ja man wagt, was früher ganz undenkbar schien, den sofortigen operativen Verschluss der frischen Schädel- und Gehirnwunde. Das Verfahren stammt von dem Nobelpreisträger Saranyi; Kätners Schüler Jeger und der Marineoberstabsarzt Kaerger haben es vervollkommenet. Nach Ausräumung der zertrümmerten Hirnmassen, Entfernung aller Splitter und Glättung der Knochenwunde, wird die Rinde der harten Hirnhaut durch freie Ueberflanzung von Fett oder Faszie ersetzt, und die Knochenlücke durch Einpfanzung von Knochen aus der Nachbarschaft oder dem Schienbein oder auch durch Wiedereinfügung der Knochen splitter geschlossen. Die Erfolge sind geradezu verblüffend.

Ist der Fortschritt der Kriegschirurgie dadurch, daß die nächste Friedenschirurgie gewissermaßen an die Front verlegt worden ist, schon erstaunlich, so sind es nicht weniger die Fortschritte, die durch verbesserte oder neu eingeführte Hilfsmittel der Chirurgie erzielt werden. Hier ist eine Vervollkommenung der Nöntgendurchleuchtung zu nennen, die von Prof. Holzner stammt: die Nöntgeneinrichtung befindet sich dabei im Unterboden, die Nöntgenröhre ist in einem Kasten unter dem Operationstische und die Handhabung geschieht durch Anhebel. Früher war man genötigt, im Dunkeln zu operieren, wie bei der Durchleuchtung; der Münchener Chirurg Grasshey hat durch sein „Monoteleystop“ dem Chirurgen das Tageslicht zurückgewonnen: das eine Auge erblickt das Arbeitsfeld im gewöhnlichen Licht, das andere sieht am eingebauten Leuchtschirm das Nöntgenbild. Eine ebenso wichtige Einrichtung des Chirurgen hat sich bei schweren Brust- und Lungenchüssen bewährt: der Chirurg bedient sich da des Sauerstoffschon „Druckdifferenzverfahren“, bei dem Sauerstoff in die Lunge eingeführt wird, wodurch sie aufgebläht wird. Kätner selbst hat mit diesem Hilfsmittel ein paar durch Miegerebomben herbeigerufene schwere Lungenverletzungen zur glücklichen Heilung bringen können, bei denen große Lungengefäße durch Bombensplitter zerrissen waren. Einer der Verletzten kam fast sterbend, pullos, mit schwerster Atemnot kämpfend und völlig ausgeblutet zur Behandlung, und es gelang, die schwere Brustverletzung, nachdem das Blut abgeschöpft war und die Schußlöcher der Lunge verschlossen worden waren, luftdicht zuzunähen. Der Heilungsverlauf war vollkommen glatt.

Als letztes Wunder der Kriegschirurgie sei schließlich eine Leistung genannt, die auf Rechnung der deutschen Serumforschung zu setzen ist: die Sterblichkeit an Wundstarrkrampf betrug vormals 80 bis 90 Proz. Heute ist der Starrkrampf völlig verschwunden. Dies ist das große Verdienst Wehrings, der die Serumbehandlung eingeführt hat, und des Leiters des Feldsanitätswesens v. Schjerning, der auf dem ersten Kriegschirurgientage in Wehring die sofortige vorbeugende Einspritzung des Antitoxins bei Verwundungen angeordnet hat, nachdem man erkannt hatte, daß eine kleine Gabe, sogleich nach der Verletzung eingespritzt, den Ausbruch der furchtbaren Infektion verhindert.

Letzliche Sprichwörter.

Mit dem Vordringen der deutschen Truppen in Rußland kommen sie auch zu einer letzten Bevölkerung, die sich ihre Ursprünglichkeit noch länger erhalten hat als die Letzten in anderen Gegenden des russischen Reiches. Wohl kaum ein Volk hat so viele und so

treffende Sprichwörter wie das Lettische. Ob es sich um Leben oder Tod, um die guten oder schlechten Eigenschaften der Menschen, um die einfachen Dinge und Erscheinungen in Haus und Hof und draußen in Wald und Feld oder um die Beziehungen zwischen Menschen und Tieren handelt, fast stets kann der Letzte mit einem Sprichwort aufwarten. Und viele von diesen, meist sehr alten Sprichwörter treffen den Sinn dessen, was zum Ausdruck kommen soll, besser als unsere.

Wenn es bei uns heißt: „Wer A sagt, muß auch B sagen“, heißt es im Lettischen Sprichwort: „Nah! Ihr den Teufel in die Kirche, will er auch die Kanzel bestiegen.“ Von einem ungehobelten Menschen heißt es: „Er ist in einer Tonne erzogen und durchs Spundloch geseilt.“ Ueber einen Wunsch, der nicht erfüllt wird, sagt das Lettische Sprichwort: „Das Schwein wünscht sich Hörner, aber die Biene gibt sie nicht.“ Statt des kürzeren deutschen Ausdrucks vom Hans in allen Gassen sagte der Letzte umfassender: „Hans auf allen Bergen, Hans in allen Tälern.“ Von einem stark mißtrauischen Menschen wird gesagt: „Er furchtet den Bären sogar im Hafer.“ Von einer gewissen Gleichgültigkeit über den Kerger im Verkehr mit den Menschen zeugt das Sprichwort: „Mag man mich Wolf oder Bär schimpfen, wenn man mich nur nicht in den Wald treibt.“ Einem Hunde wächst kein Wolfspelz“ soll soviel heißen wie: ein armer Mensch wird selten zu Reichtum kommen.

Ein viel gebrauchtes Sprichwort ist: „Wer Kefel hat, der hat auch Gaste.“ An Stelle unseres: „Schreib die Schuld in den Schornstein“, sagen die Letzen: „Das zählt die Schaufel“ (zur Aushebung des Grabes). Unser: „Morgenlunde hat Gold im Munde“ haben die Letzen ersetzt mit dem Worte: „Das Vögeln, das früh aufsteht, wachet auch früh seinen Schnabel.“ Soll die Schmeichelei vor Mächtigen getroffen werden, so sagt der Letzte: „Je mehr man die Nase streichelt, desto höher hebt sie den Schwanz.“ Das Sprichwort: „Abgeschnittenes Brot klebt nicht wieder an“ soll vor Handlungen warnen, die in der Ueberreife ausgeführt werden. Einem Menschen, der von einem Geislahs oder Groblan etwas erbittet, wird zugerufen: „Erbitte dir von Wölfen ein Lamm!“ Von einem gestreuten Professor würden die Letzen sagen: „Er sucht das Pferd, auf dem er reitet.“ Will man das Ende eines Verschwenders vorauslagen, so wird das Sprichwort angewandt: „Sein Vermögen wird bei ihm so lange währen wie beim Hunde die Wurst.“ Statt unseres deutschen Sprichwortes: „Der hat kein Schächeln im Trocknen“, heißt es im Lettischen: „Der hat seine Wienen schon abgefest.“ Wenn wir sagen: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, wenden die Letzen das Sprichwort an: „Der Rabe bleibt ein Rabe, man mag ihn haben oder nicht.“ So gibt es noch viele Lettische Sprichwörter, die alle von einer guten Beobachtung des menschlichen Lebens und der umgebenden Natur Zeugnis geben.

Unsere Seefischer und ihr Fang.

Man fährt uns aus norddeutschen Fischerdörfern: Viele Fischerboote und Ewer liegen jetzt wie leblose Wesen im Hafen und am Strande unserer Fischerinsel. Der Fischfang hat durch den Krieg eine große Veränderung erfahren, er ist sozusagen außer Kurs gesetzt. Seit das dienstfähige Mannesvolk von den Inseln, von den Flussufern und den Halligen wieder in den Heeresdienst getrieben ist, hat manche alte, schon auf den Mittelboden Keerjahn sich wieder den Südwesten aufgestellt und die Desjahn „angetreit“, um in Sturm und Wetter zum Fischfang hinaus zu fahren. Die Minengefahr setzt ihrem Handwerk freilich draußen an den Flußmündungen und in offener See wesentliche Schranken, so daß nur ein ganz kleiner Bruchteil von Fischerfahrzeugen während dieser Zeit tollkühn und wagemutig ausläuft. Für viele meer- und wittererprobte Wasserratten unschließen diese Fahrten ihren preisenden und stolzen Reiz, und lehren sie beim vom Fischfang, so wissen sie manches schauerhaft großartige Erlebnis zu berichten.

Die stille Zeit wird bedachtam dazu benutzt, Holzzeuge, Kleidung, Rege und was sonst zum Fang und zur Fahrt gehört, instand zu setzen. Wer jetzt in eines unserer Fischerdörfer kommt, sieht die Männer bei emsigen Vorkarbeiten, vielfach durch Frauenhände unterstützt, beschäftigt. Am Strande sind die Laue und Rege zum Fischen oder Frieren aufgehängt und ausgebreitet. Die Fahrzeuge selbst werden innen und außen sorgfältig ausgefessert, und da so manche Rohstoffe gestreckt werden müssen, erfindet der Fischer auch hier neue Hilfsmittel und Auswege. Das Innere eines Fischerwebers oder Fischerbootes ist eine schmurrige abgeschlossene kleine Welt, in der meist drei Haupter ihr Regiment führen: der Fischer oder „Kapitän“, der Bestmann oder Anrecht und der Junge oder Koch. Jeder hat seine selbständige Arbeit und seine eigene Verantwortung. Der Junge oder Koch hat neben der einfachen Herd- und Küchenarbeit die Reinigung des Schiffes zu besorgen; er bezieht dafür einen Tagelohn. Der Best-

mann oder Anrecht liegt mit dem Fischer oder Kapitän dem Fischfang ob, er ist auch Steuermann zugleich und hat einen genauen Gewinnsantel am Fang. Wichtige Rollen, die zweckdienlich eingeteilt sind, dienen zum Schöpfen, Essen, Kochen. Es ist für alles gefordert, und da der Fischer oft mehrere Tage draußen bleibt, pflegt er auch keine Zerstreuung an Bord. Eine kleine Bibliothek, ein Musikinstrument ist fast immer anzutreffen. Den größten Teil des Schiffes nimmt der Fischbund ein, das ist der vom Wasser umspülte Behälter für die gefangenen Fische. Darin bringen sie ihren Fang an Schollen, Seesungen, Deringen, Stinten, Kalen u. a. m. heimwärts. Die Reute wird jedoch nicht auf den Inseln oder Dörfern abgeliefert, sondern in den großen Seefahrten, in Hamburg und nach Altona, die beide berühmte, riesige Fischhallen besitzen. Hier wird der Fang übernommen und bezahlt, und von hier aus wandert er in den Kleinhandel und wird über Städte und Dörfer des Binnenlandes verteilt. Jetzt reden die Seefischer schon viel von den bevorstehenden Herbst-Heringsfängen, die ihnen allgewohnte Arbeit, guten Fang und reichlichen Verdienst bereiten sollen.

Die älteste deutsche Wohnung.

Auf dem 801 Meter hohen, mit einer Ruine gekrönten Frauenberge bei Marburg, südlich von Cappel bei Marburg wurden seit einiger Zeit von Prof. Wolf aus Frankfurt a. M. Ausgrabungen vorgenommen, die den nachweislich steinzeitlichen Siedelungen im fruchtbaren Gebiet des Esdorer Grundes ergaben und eine Lücke in der Befiedelungsgeschichte Deutschlands während jener Kulturperiode ausfüllten. Auf dem Frauenberge selbst wurde eine Wohnstätte von eiförmigem Grundriß mit Feuerstätte und Brandgrab freigelegt. In diesem Jahre wurde nun dort eine jener größeren Höhlen von unregelmäßiger Gestalt festgestellt, wie sie für jene Kulturperiode, die neolithische, bezeichnend geworden sind. Die Höhle in ihrer Umräumung war in einzelnen Teilen bereits freigelegt. Sie gehört in die Stufe der Stichbandkeramik, wie sich aus aufgefundenen Scherben ergab, deren weiße Inkrustation teilweise noch erhalten ist. Außerdem wurden Tonperlen und vorzeitiger Steinarmut gefunden. In der Höhle ist deutlich der Kaminraum mit der Herdstätte, letztere durch Reste von Tierknochen, Mahlkörnern usw. erkannt. Die Höhle, die einer großen Sippe Raum gewährte, war, was besonders wichtig ist, zum Teil auf den Trümmern einer älteren kleineren, ebenfalls steinzeitlichen Höhle erbaut, die ein Brandgrab und eine Herdstätte birgt. Auch hier wurden Tonperlen gefunden. Es scheinen noch mehr solcher Schätze im Boden der Marburger Gegend zu ruhen, die gehoben sein wollen. Vielleicht werden auch noch andere Wohnungen unserer Vorfahren aufgefunden, die ein noch eiförmigeres Alter aufzuweisen haben.

Notizen.

— Storms Brief an Hedde. Der im „Vorwärts“ aus den von Ferd. Tönnies veröffentlichten „Gedankenschriften“ mitgeteilte Brief Storms ist nicht mehr unveröffentlicht. Johannes Hedde hatte ihn in der Monatschrift „Deutsche Dichtung“ drucken lassen wollen, als Antwort auf die unwillige Behandlung, die seine kleine Schrift über den Dichter wegen ihrer Tendenzvorbehalte allort erfahren hatte; aber Karl Emil Franzos, der diese Kritik auf dem Gevißnis hatte, lehnte Heddes Gegenkritik und den Brief Storms als für weitere Kreise nicht genügend bemerkenswert ab. Daraufhin hat Franz Diederich in einem Ruffay über Storm, Hedde und Franzos den Brief im Mai 1889 in der Leipziger Monatschrift „Literarische Korrespondenz und kritische Rundschau“ (Seite 292) veröffentlicht; er sank mit diesem Organ in Versinkenheit. — Wir stellen noch den Druckfehler richtig, daß Hedde nicht 1896, sondern 1890 starb.

— Theaterchronik. Im Theater i. d. Königgräber Straße ist die Uraufführung von Sudermanns „Rahensteg“ auf Donnerstag, den 27. Sept., verschoben.

— Das „Deutsche National-Theater“, Reinhardt's neueste und größte Gründung, ist nunmehr handelsrechtlich ins Leben getreten. Es ist in Form einer Aktiengesellschaft gegründet, deren Kapital 1.600.000 M. beträgt. Der Hauptgeschäftsführer ist Hermann Brenkel. Der Direktor Schumann, der vom 1. April 1918 ab übernommen wird, nunmehr dazu berufen sein, die auf Massenwirkung und Ausstattung (im höchsten Sinne) hinauslaufenden Pläne des alle Möglichkeiten erschöpfenden Regisseurs Reinhardt zu verwirklichen. Gossentlich führen sie nicht zur Veräußerung und Zersplitterung.

— Neue Dramen. Hermann Essig, der unter den jüngeren Dramatikern für eine der stärksten Talente gilt, aber trotz seiner 40 Jahre immer noch drauhen bleibt, ist endlich in Leipzig durchgedrungen. Sein Lustspiel „Die Glucke“ ist dort im Alten Theater aufgeführt worden. Das Drama, noch unsicher im Stil, ist eine groteske Verhöhnung bäuerlicher Pädagogik.

Anders Hjärsted.

Von Jakob Anudsen.

Trotz dem Widerstand des Alten ließ Anders den Dachsen am nächsten Tage ein paar Nationen Futter geben, da immer noch niemand von Stavn der Tiere wegen kam. Er konnte den Spektakel nicht anhören, den sie machten. Uebrigens wurde das Gefühl, außerhalb des Ganzen zu stehen, in ihm stärker und stärker; er meinte, merken zu können, wie es zunahm, fast Stunde um Stunde. — Gegen Nachmittag brachte er seine Pferde auf die Weide. Er wollte hinüber und eine Absprache mit Gjatrid treffen. Der Entschluß kam, gerade wie es wünschte, ganz von selber. Er hätte ja ebenso gut gestern hinübergehen, er hätte es auch bis morgen aufschieben können — denn die zehn Tage waren noch nicht verstrichen; — aber nein, — nun sollte es heute sein. Das war ein so herrlich sicheres Gefühl. —

Er konnte immer noch weit auf dem Wiesenweg hin das Brüllen dieser unglücklichen Dachsen hören. Er war sehr mitfühlend gegenüber Tieren und versprach sich selbst, sobald er heute abend heimkäme, das Vieh freizulassen, mochte der Alte sagen, was er wollte. — Sonst war sein Vater auch alles andere als ein Tierquäler, aber er mußte ja etwas eigen im Kopfe sein. — offenbar war all diese Erbitterung und dann das Alter daran schuld.

Als Anders auf dem Wiesenweg noch ein Stück weiter gekommen war, merkte er doch, daß er jedenfalls eine Zeitlang das ferne Dächengebrüll mit einem hohlen, aber noch schwachen Donner verwechselt hatte. Auch heute abend, am letzten Apriltag, waren, wie nun beinahe jeden Tag seit dem 26. — große, blauschwarze Wolkendünke aus Südwest heraufgezogen. Es war auch schwül, doch dabei wehten kalte Windstöße.

Wenn man über die Heidehügel hinter Stavn gekommen ist, hat man die Landstraße eine halbe Viertelmeile südlich davon. An ihr liegt Harreby und in einiger Entfernung der Thinghof, das heißt die Wohnung des Hardsvogtes mit dem Hardskontor und dem Arresthause. An einem Seitenweg lag in der Nähe das Haus des Hardsvogtes.

Anders ging durch den Garten und durch die Haupttür auf der Ostseite des Hauses. Geradeaus, am Ende des ziemlich schmalen und langen Flures war eine Tür, an der Seite

links eine zweite. — Diese letztere Tür ging auf, gleich nachdem Anders in den Flur getreten war, und der Adjunkt trat aus ihr hervor. Es war ziemlich dunkel im Gange, doch es dauerte nur einen Augenblick, bis der Adjunkt Anders erkannte.

Anders sagte: „Guten Tag. — Ist Jungfer Gjatrid anwesend?“

„Ich weiß nicht. Aber jedenfalls wünscht Fräulein Faurholt nicht mit Ihnen zu sprechen.“

„Doch sie wünscht es. Und ich will mit ihr sprechen.“

„Das wird Ihnen nicht gestattet. Das verbiete ich Ihnen.“

„Ich habe Sie ja gar nicht danach gefragt,“ sagte Anders mit etwas drohender Haltung und ging auf die Tür am Flurende zu.

„Gebrauchen Sie Gewalt in meinem eigenen Hause?“ schrie der Adjunkt.

„Sie können es früh genug erfahren. — In diesem Augenblick wurde die Tür aufgerissen, und Gjatrid Faurholt betrat rasch den Flur.

„Der Adjunkt will mir verbieten, mit Dir zu reden,“ sagte Anders.

„Das können Sie nicht verbieten!“ rief Gjatrid, lief zu Anders hin und klammerte sich an ihn, indem sie den Arm um seine Schulter legte.

„Sie müssen doch wissen, Fräulein, daß es dem bestimmten Wunsche Ihrer Eltern widerspricht,“ sagte der Adjunkt.

„Komm, Anders, wir wollen hinausgehen!“ sagte Gjatrid, indem sie einen schwarzen Strohhut ergriff, der an dem Kleiderahmen im Gange hing. Dann lief sie zu der Flurtür hinaus. Anders folgte.

„Ob er uns nachkommen sollte?“ fragte Anders, als sie die Landstraße verlassen hatten und in die Heide hinein liefen.

„Ich denke doch nicht,“ flüsterte Gjatrid.

„Aber stehst er sich nicht hinter Deine Eltern?“

„Das mag wohl sein. Aber die werden doch kein Wesens daraus machen, zu rennen und nach ihrer Tochter im Heidekraut zu suchen. Dazu halten sie mich auch für zu gut.“

Gjatrid lief voran und zeigte den Weg. Sie kamen in eine Niederung der Heide, wo eine Anzahl von Wacholderreißern standen. Zwischen diese setzten sie sich nieder.

„Hast Du einen Brief von mir bekommen, Gjatrid?“

„Nein.“

„Dann hat ihn jemand genommen. Ich wollte Dich fragen, wann Du mit mir in den Pfarrhof kommen möchtest? Ich habe den Krausfing gelöst.“

„Ach ja, ich will, Anders, je eher, desto lieber! Denn jetzt hab ich nichts anderes als Dich. Und mir gilt auch das andere für nichts!“ — Zugleich Jubel und Schluchzen bedient in ihrer Stimme. — Sie beugte sich zu ihm nieder, der etwas Kiefer sah, und preßte seinen Kopf gegen ihre Brust. Er wurde ganz still. Er konnte ihr Herz schlagen hören.

Es dauerte lange, bis sie wieder zu reden anfingen.

„An welchem Tag reist die Wirtschafterin?“ fragte Anders.

„In drei Tagen, am 3. Mai.“

„Zu welcher Tageszeit?“

„Um Mittag. — Warum das?“

„Ja, denn es ist ja fast notwendig, daß sie fort ist an dem Abend, wenn ich komme und Dich nach dem Pfarrhof hole.“

„Es nußt doch nichts, daß Du mich holst,“ sagte Gjatrid.

Erst in diesem Augenblick wußte Anders, daß er an dem Abend, am 3. Mai, den Adjunkten töten und gleich darauf Gjatrid mit nach dem Pfarrhof nehmen würde. — Er dachte daran, ob er es ihr jetzt sagen sollte. Doch er meinte, es nicht zu können. Und sie hatte ja doch auch Zeit, ihm das Jawort zu verwehren, wenn sie nicht wollte — nach jenem.

„Wäre der Pfarrer nur zu Hause gewesen, so wäre es ja am allerbesten gewesen, jetzt hinzugehen,“ sagte Gjatrid, und sie neigte ihren Kopf und wurde rot. Anders küßte sie vielmals deswegen.

„Wann kommt er nach Hause?“

„Morgen wahrscheinlich,“ sagte Gjatrid. — „Dann gehst Du wohl gleich zu ihm und sprichst mit ihm darüber, Anders. Denn er traut uns vielleicht nicht, wenn — — Ach ja — — ob er uns überhaupt trauen will?“

„Das Beste ist, ihm gar nicht davon zu sprechen, bis wir beide da sind,“ sagte Anders und zog Gjatrid an sich; „dann hat er keine Bedenkzeit.“

(Fortf. folgt.)

